

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis vierteljährlich durch  
die Post bezogen 1,20 Mk.  
Eingetragen in die  
Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis:  
50 Pf. für die 3 gespalt.  
Zeile.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postsparkamt Hannover.

Verlag von A. Brep.  
Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.  
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

### Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder!

Der 1. Mai, der Demonstrationstag der Arbeiter aller Länder kommt heran. Er ist in diesem Jahr von besonderer Bedeutung.

Der Achtfundentag,

dessen Erringung er von Anfang an gewidmet war, steht allem Anschein nach vor schweren Hemmungen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit hat zwar große Fortschritte gemacht in allen Ländern, so große, daß der Achtfundentag fast überall, wo die Industrie herrscht, vor der Wirklichkeit steht. Aber der Ansturm der englischen Regierung, der unterstützt wird von den vereinten Unternehmern, die alle das Washingtoner Abereinkommen nicht wollen, kann den Fortschritt hemmen, wenn die Arbeiter nicht auf dem Posten sind.

Darum ist

der 1. Mai in diesem Jahre ein Tag des Gelbnisses,

alles daranzusetzen, daß die Pläne der Reaktion zu Schanden werden. Der Achtfundentag muß kommen und er wird kommen. Dafür werden die organisierten Arbeiter sorgen.

Die Sozialpolitik, für die wir am 1. Mai auch stets unsere Stimme erheben, hat gleichfalls von Jahr zu Jahr Boden gewonnen. Wir können das mit Stolz sagen, denn es ist nicht zuletzt unser Werk, auf das wir dabei verweisen. Wir erkennen den Fortschritt an, aber wir sehen auch die Lücken. Viel, außerordentlich viel, bleibt noch zu tun. Dazu bedarf es, genau wie beim Kampf um den Achtfundentag, starker Gewerkschaften, es bedarf dazu auch einer starken Arbeiterpartei, die im Reichstag vorwärts drängt. Der Mai ist in diesem Jahr der Wahlmonat.

Am 20. Mai

werden der Reichstag und verschiedene Landtage neu gewählt. Dabei geben unsere Mitglieder die Stimme ab für die einzige deutsche Arbeiterpartei,

für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Sie allein ist die Partei, auf deren Unterstützung wir jederzeit rechnen können bei der Verwirklichung unserer sozialpolitischen Ideen. Dieser Partei ist bei der Wahlarbeit in weitestem Maße zu helfen.

Damit dienen wir auch dem Weltfrieden, der trotz aller traurigen Erfahrungen im Weltkrieg noch immer gefährdet ist.

Wir wollen mit unseren Nachbarn im Frieden leben,

der der Wirtschaft und damit der Arbeit dient. Damit dienen wir aber auch der deutschen demokratischen Republik, die bewiesen hat, daß sie den Frieden will, der Republik, die wir brauchen als wichtigen Stützpunkt im Kampf gegen wirtschaftliche Unterdrückung, im Kampf für den Fortschritt.

Die Quelle jeden Fortschritts ist aber die Organisation.

Stolz steht

die deutsche Arbeiterbewegung da.

Die Gewerkschaften haben im vergangenen Jahre 500 000 Mitglieder neu gewonnen. Das darf nur der Anfang des Fortschritts sein.

Arbeiter, organisiert euch!

Feiert den 1. Mai in würdiger Form!

Der Vorstand des

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

### Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes für den 1. Mai 1928.

An die Arbeiter aller Länder.

Der Achtfundentag ist in Gefahr!

Seit 1919 hat sich die Mehrheit der Regierungen gewei- gert, das Washingtoner Achtfundentagsabereinkommen, das den Achtfundentag verallgemeinern sollte, durch die Parla- mente ratifizieren zu lassen.

Das Unternehmertum hat diese Frist in zynischer Weise zu seinem Vorteil ausgenützt und unter Berufung auf wirt- schaftliche Schwierigkeiten versucht, wieder längere Arbeits- zeiten einzuführen.

Die Gefahr ist heute dräuender als je. Hat doch die konfe- rative britische Regierung, die der Reaktion im Kampfe gegen den Achtfundentag vorangeht, vor dem Internationalen Ar- beitsamt eidentlich die Frage der Revision des Washingtoner Abereinkommens gestellt!

Wenn sich das internationale Proletariat nicht mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzt und die Ratifizierung der Kon-

vention nicht vor 1930 — dem Zeitpunkt der Revision — erzwingt, dann besteht die Gefahr, daß die Reform, für die die Arbeiter der ganzen Welt seit mehr als einem Vierteljahr- hundert gekämpft haben, verloren geht.

Ein derartiges Verbrechen am Achtfundentag darf die Arbeiterklasse nicht zulassen! Eine Verstümmelung dieser wichtigsten sozialen Errungenschaft wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht!

Achtfundentag: das bedeutet einige Stunden der Muße für das Familienleben des Arbeiters, für seine geistige Er- weckung, und zugleich die Möglichkeit der Entwicklung seines vollen Menschentums.

Der Achtfundentag: das ist die Hoffnung des Proletariats auf Befreiung, das belebende Bewußtsein einer besseren Zukunft!

So ist die Pflicht der Arbeiterklasse von selbst vorge- zeichnet:

Verteidigung des Achtfundentages mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften!

Wir fordern das internationale Proletariat auf, am 1. Mai, dem historischen Tag der Achtfundentagsforderung, sich

### Der große Marsch.

Es geht der Marsch mit schwerem Schritt,  
die Millionen wandern mit,  
die zweifelnd kleben an der Zeit  
im Tagwerk der Vergänglichkeit.

Die Achtfundentagskämpfe  
aufwühlend in das Marschgeschloß.  
Die Fahnen sind ins Licht gestellt  
wie Wolken über weiter Welt.

Nun schließt sich auch der Wunden Riß,  
das Licht zersprengt die Finsternis.  
Der Tag die Grabgewölbe bricht,  
der Taube hört, der Stumme spricht.

Wir werden siegen. Wir sind viel.  
Vor unserm Marsche steht das Ziel,  
liegt eine Welt voll Herrlichkeit:  
Wir treten an. Wir sind bereit.

Durch alle Länder dröhnt der Schritt  
und reißt die Millionen mit.  
Durch Blut und Kerker, Hohn und Blei  
geht unser Marsch und macht uns frei.  
Mar Barbel.

zugunsten des Achtfundentages und zu seiner Rettung zu einer mächtigen Protestkundgebung zu erheben!

Keinen Aufschub, kein Zwartzen mehr!

Die Regierungen haben den übernommenen, durch ihre Unterschrift beglaubigten Verpflichtungen gemäß zu handeln.

In allen Parlamenten muß die Ratifizierung des Washing- toner Abereinkommens zur Behandlung gestellt werden! Die unbeugsame Haltung der organisierten Massen muß die natio- nalen Gesetzgebungen zwingen, endlich zur Ratifizierung zu schreiben!

Es geht um Wohlsein, um Freiheit und Zukunft der Ar- beiterklasse in diesem Kampfe um den Achtfundentag: ihn mit ernster, mit unbefleglicher Kraft zu führen, muß der unver- brüchliche Wille der Arbeiter aller Länder sein!

Ein Scheitern des Achtfundentages würde einen neuen Wirtschaftskrieg zwischen den Völkern entfesseln; der mörde- rische kapitalistische Konkurrenzkampf würde neue Verhee- rungen in der Arbeiterklasse anrichten, der Imperialismus, diese stärkste und latente Kriegsgefahr, neue Orgien feiern!

Die Rechte der Arbeiter, die bereits erzielten sozialen Re- formen und der Frieden der Welt sind in Gefahr!

Das internationale Proletariat wird angeichts all dieser Bedrohungen zu zeigen haben, daß hinter seinem großen Kampfe die lebendige Kraft und der tatbereite Wille der Massen stehen!

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

L. Jouhaux (Frankreich).

Th. Le-part (Deutschland), C. Madsen (Dänemark).

C. Mertens (Belgien), R. Taperle (Tschechoslowakei).

Vizevorsitzende.

Job. Sollenbach, Sekretär

### Der kulturlose Untermensch und der junkerliche Kulturführer.

Die Deutsche Bergwerkszeitung bringt oft so merk- würdige Aufsätze, daß man sich fragen muß: In welchem Jahrhundert leben wir denn eigentlich? Vor längerer Zeit schrieb ein Herr Spittama in diesem Schwerindustriellenblatt ganz ergötlich über die ums Jahr 1122 n. Chr. von Ibn abi-Randaqua aus Tortosa verfaßte Anekdote über den Eseltreiber. Jetzt bringt das Blatt nicht minder eigenartige Ausführungen eines Herrn von Verzen über den „Untermenschen“, dem der Obermensch der „führenden Kulturgeschichte“ gegenübergestellt wird.

Der grausame Eseltreiber, der einen schwere Lasten tragen- den, hungrigen und durstigen Esel mit Stockschlägen vorwärts- treibt, wird den Massen als Führerideal gepriesen. Es heißt in dem Aufsatz: „Im Gegensatz zu den Eintagswohlfätern stehen diejenigen, die — wie der Eseltreiber in der Fabel — ihr Urteil von dem Einfluß momentaner Gefühlswallungen freihalten. Der Eseltreiber in der Fabel hat es zum Verzier gebracht. Denn aus solchem Holze müssen die Führer ge- schnitten sein.“

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, wie nun die „Esel“, die Geführten, die Schwerarbeitenden und doch Entbehrenden beschaffen sein sollen. Wie kann überhaupt rückwärtsloses Vorwärtstreiben mit Stockschlägen und Schimpfen mit „Führen“ verglichen werden? Vielleicht versteht man das eher, wenn man die von Verzenschen Ausführungen über den Untermenschen auf sich wirken läßt. Die Obermenschen der von Verzenschen Kultursicht sind auch „Führer“ ganz eigener Art. Wenn man den Untermenschen vom Obermenschen scheidet, zwischen beide einen trennenden Kulturstrich zieht, wird man jedoch von wahrer Führung im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben bestimmt keine richtige Vorstellung haben und von wahrer Kultur auch nicht.

Nach von Verzen bedroht der Untermensch der minder be- gabten Masse die deutsche Kultur. Er schreibt: „Es mag sein, daß Deutschland wirtschaftlich seinen Tiefpunkt zunächst über- schritten hat. Es mag sein, daß Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft zunächst eine kleine Besserung ihrer Lage wahrzunehmen glauben, kulturell ist Deutschland, ist die ganze zivilisierte Welt noch im Niedergang begriffen, und ein Ende dieses Abwärts ist noch lange nicht absehbar. . . . Der rasende Fortschritt der Technik und Chemie, die fabelhaften Er- findungen und Entdeckungen auf allen Gebieten sind keine Zeichen kulturellen Aufstiegs. Volkskultur ist Volkskraft. Kultur ist eine Geistesverfassung, die dadurch zur weltbewegen- den, welterhebenden Macht wird, daß sie zwar von Führern gewollt, aber von Millionen von Herzen, Hirnen und Charak- teren der Volksgenossen erfaßt und getragen wird, Kultur ist die Fähigkeit, geistig zur Höhe zu führen und sich vollendend und wissend zur Höhe führen zu lassen.“

Die wissenschaftlichen Hilfsmittel unseres heutigen Lebens, Technik, Chemie, Erfindungen aller Art sind mindestens doch Handhaben, die Kultur vermitteln können. Aber das ist das Unglück unseres Volkes gewesen, daß diejenigen, die die Auf- gabe und die Pflicht hatten, diese Hilfsmittel der Kultur anzu- wenden, weil sie sich Führerrechte anmaßten, so vollkommen verjagt haben, wie „Führer“ wohl noch in keinem anderen Zeitalter der gesellschaftlichen Entwicklung verjagt haben. Und warum haben diese Führer verjagt? Warum konnten sie den Massen nicht in dem Umfange Kultur vermitteln, wie es die rasch fortschreitende Wissenschaft und Technik möglich gemacht hätte? Sie wollten keine „Volkskultur“, sondern Klassenkultur. Es ist unüberlegte Selbst- verurteilung, wenn der Verfasser des Aufsatzes über die Unter- menschen schreibt, daß die kulturfeindliche Masse die sich fort- gesetzt verdünnende Kulturschicht der Obermenschen zerlegt und sie schließlich vernichten muß. Wenn das richtig wäre, dann wäre diese Obermenschenkulturschicht schon nicht viel wert; denn sie müßte eben körperlich, geistig, sittlich stark genug sein, um sich nicht von der Masse zerbrechen zu lassen.

Es ist wahr, was der Verfasser sagt: „Kultur ist Volkskraft.“ Leider haben die selbstgefälligen Kultur- „führer“ aller Schule rein gar nichts getan und tun heute noch nichts, um Kultur als Volkskraft zu pflegen, sie haben Kultur immer ganz anders gewertet: Kultur war für sie Standes- und Klassenrecht. Sie haben bedeutende Kulturgüter, wie Wissenschaft, Recht, Religion usw., sogar überlegt und zielbewußt dazu mißbraucht, um zu verhindern, daß deutsche Kultur Volkskraft, all- gemeines Volksgut wurde.

Was die Massen heute an Wissenschaftsgut, Rechtsicher- heit — von Rechtsgleichheit darf man noch längst nicht sprechen —, Religionsfreiheit usw. haben, das haben ihnen nicht diejenigen verschafft, die es mußten, weil sie sich Kulturführer nannten, nein, das haben sie sich in langem, hartem und zähem Ringen erkämpft. Schrift für Schrift sind die Massen vorgebrungen in die ängstlich von den Obermenschen- kulturtägern gehüteten Kulturgebiete. Freilich hatten sie ihre Führer, die ehrlicher den Namen Kulturführer verdienen als die selbstgefälligen Obermenschen mit ihrer durchweg recht brüchigen Standes- und Klassenkultur. Diese wahren Kultur- führer, die die Massen zu Kulturführern gemacht haben, sind

Geführten auch allzeit als Führer geachtet und geehrt werden. Das werden die eingebildeten Klassenkulturmenschen vielleicht nicht verstehen, weil diese Führer an der Spitze der Gedrängten, Zurückgebliebenen, Entrechteten sich äußerlich so gar nicht als Kulturführer gebärden, sich so gar nicht aufblähen und absondern, wie es sonst allgemein in Deutschland üblich ist. Es gilt ja immer noch das alte Bibelwort: „Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie diese.“ Schon die Laifache zeigt es wieder, daß man in einer großen Tageszeitung die täglich Millionenwerte erzeugenden Massen öffentlich als „Untermenschen“ bezeichnet, nachdem man sie vor einigen Monaten erst mit „Eitel“ zu vergleichen gewagt hat. Es zeugt wirklich von „hoher Kultur“, daß man so etwas fertigbringt. Und daß man den gesinnungsverwandten Kreisen in einer großen Tageszeitung so etwas bieten darf, zeigt, wie das Wesen dieser „Kultur“ ist und wo sie blüht.

Es ist trotz des anmaßenden Verhaltens recht wenig selbstbewußt von den Obermenschenkulturtägern, wenn sie den Kulturverfall, der fraglos in ihren Reihen vor sich geht, aus dem Verhalten der angeblich Kulturlösen, der Untermenschen, erklärt, die man sich doch mit allen Mitteln vom Halse zu halten gesucht hat.

Bedregene Kulturträger der unteren und mittleren Volksschichten konnten gar nicht in das Kulturbereich der Obermenschen hinauffeigen, dafür war die Wache an den Toren dieser Kultur sonderweit viel zu streng. Was ganz vereinzelt empfand, das war schon innerlich nicht mehr wurzelfest, und wenn es zunächst wirklich noch ausnahmsweise gesunde Volkskulturkraft hatte, dann blieb nichts unverfälscht, sie zu vernichten. Und nun tut man so, als wäre die schöne und edle Reinkultur der Obermenschen von unten aus verwässert worden. Es war ebenso, so jagt der Verfasser, bei dem Untergang der Kultur der alten Ägypter, Phönizier, Babylonier, Perser, Griechen und Römer. Oh, diese kulturfeindliche Masse! Was hat sie schon für Unglück angerichtet. Man muß sie doch auch in Zukunft sicherer absperrten. Und dann muß man die alte Kulturschicht durch Geburtenvermehrung aus sich selbst heraus vergrößern, verjüngen, kräftigen. So wird es gehen, glaubt der Standesherr W. von Derken aus Roggow in Mecklenburg. Ja, so wird es wirklich wohl gehen, namentlich nun man auf so bequeme Art, auf eine ganz besondere Kulturrechtsart, Milliarden alter, schon lange schwer drückender Hypothekenschulden vom großen Bodenbesitz beseitigt hat. Jetzt sitzt man wieder fest und sicher im ererbten Besitz, der zu zerbrechen drohte, wie die alte Standeskultur. Man läßt nicht nur andere, die „Eitel“, die „Untermenschen“, für sich arbeiten, sondern auch Generationen hindurch für sich sparen. Dem Volke aber liefert man vom Hektar des schließlich doch der Volksgemeinschaft gehörenden Nährbodens fast ein Drittel Ertrag weniger als vor dem Kriege, als man noch gewaltig schwer verschuldet war. Und Einkommensteuer bezahlt man auch nicht, wenn die Buchführung beweist, daß auch der größte schuldenfreie Landbesitz, auf dem oft hundert und mehr mit Kindern reich gesegnete Bauernfamilien leben könnten, nichts einbringt. Die Wirtschaftskraft der Obermenschenkulturschicht ist ebenso unverständlich wie ihre alte hohe Kultur.

Je weniger Grund die „Kulturführer“ zu selbstgefälligem Eigenlob und zu anmaßender Selbstüberhebung haben, desto herausfordernder, beleidigender wird ihre Sprache. Der Herr aus Mecklenburg wird ganz deutlich in seiner historischen Kulturbetrachtung. Die Großindustriellen, so nimmt er jedenfalls an, und wohl mit Recht, werden so etwas ja gern in ihrer Zeitung lesen. Er schreibt: „Sahen wir den Untermenschen nicht anstücken aus der Hefe des Volkes, wie die Blasen des Sumpfgases aus Morast, in dem Augenblick, als der Druck der Kulturschicht, als die Nachmittel des Nationalstaates nachließen? Noch gelang es, ihn nieder und in seine Schranken zu zwingen, aber ist nicht alles, was wir täglich um uns erleben, die Herrschaft der plumpen Majorität, die Gleichmachungsbestrebungen, der Kampf des Materialismus gegen den Idealismus, der Kampf gegen Rechte, Gesetze und deren ausführende Organe, der Haß gegen den Adel der Geburt und des Geistes, der Krieg der Weltlosen gegen den Besitzenden, der Hände gegen die Hirne, die systematische Untergrabung jeder Autorität, alles dies nicht ein Zeichen für das Wachsen des Untermenschen und für seine Anfechtung gegen die Kultur?“

Es ist kaum zu fassen, wie solche Sätze, die voll sind von den allbekanntesten tönenden Schlagworten, die nicht den geringsten Kredit mehr haben, in unserer Zeit noch geschrieben werden können. Gibt es denn wirklich immer noch Menschen in Deutschland, die das für bare Münze nehmen, was hier von Gleichmachungsbestrebungen, vom Kampf des Materialismus, der „Untermenschen“ gegen den Idealismus, gegen Rechte, Gesetze, gegen den Adel der Geburt und sogar des Geistes, gegen die Hirne, gegen die Autorität und gegen den Besitz

gesagt wird? Das, so sollte man glauben, wäre selbst den industriellen Großkapitalisten zu viel. In ihren Blättern, in der gestimmten Tagespresse würde klügerweise seit einigen Jahren ängstlich Worte wie Recht, Gerechtigkeit, Gesetz, Rechtsprechung, Verfassung, Idealismus, Autorität usw. vermieden. Man weiß weshalb. Die Beschimpften könnten ja den Spieß umdrehen. Es läge zu nahe. Aber diese Art von Kulturobermenschen hat sich derart in ihrem Wahn und Hochmut selbstgeblissen, daß es aussichtslos ist, dadurch ihren Sinn zu ändern, daß die Dinge so gezeigt werden, wie sie wirklich sind. In die Hirne dieser Uebeligen der Geburt geht es nicht hinein, daß die Menschenwürde es wagt, auf das auch die „Hände“ (die Arbeitnehmer, im weitesten Sinne verstanden) naturberechtigten, göttgewollten Anspruch haben. Sie werden es nie verstehen, daß die Massen, die verächtlich als kulturlös bezeichnet werden, deshalb um ihre Menschenwürde und Menschenrechte kämpfen, weil sie Kultur haben, weil sie sie weiterentwickeln wollen, weil sie an den Sieg des Guten, Gerechten, Schönen über das Schlechte, Selbststüchtige, Selbstüberhebliche glauben. Trotz allem. Mag täglich Herabsehendes, Verleumderisches, Irreführendes die Presse füllen, die „Untermenschen“ werden dadurch nicht mutlos gemacht und nicht in ihrem wahren und ehrlichen Kulturglauben erschüttert.

Die Kultur des Standesherrtums hat ihre Zeit gehabt. Sie ist längst innerlich morsch, ist es vielleicht immer gewesen. Und das Unternehmer- und Händlertum hat vor lauter unerfälschter Geldgier noch gar keine Zeit gefunden, ideale Werte des Lebens zu beachten und zu pflegen. Hier haben wir weit und breit übelstes Emporkömmlingstum, das sich jetzt mit noch üblerem Kriegsgewinnlertum vermischt hat. Gewiß, es gibt in beiden Gesellschaftslagern wahre Kulturträger und wirkliche Führernaturen. Sie werden allerdings nicht dem Idealbilde des Herrn von Derken entsprechen, dann verdienten sie ja auch von vornherein kein Vertrauen bei der Masse, die ein gesundes Naturgefühl für innere Menschenwürde und Menschengröße hat. Es fehlt uns Deutschen ja leider schon seit Jahrzehnten auf vielen Gebieten an großen Führern. Das haben nicht nur die Massen, die „Untermenschen“, die „Kulturlösen“, die „Eitel“, kurz die Arbeitenden im wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis beklagt, sondern gelegentlich auch andere, auch wirklich persönlich Hochstehende aller Stände und Berufe. Das Volk sehnt sich nach großen Führern in Wirtschaft und Kultur. Aber diese Führer werden nicht aus der Umgebung des Herrn von Derken kommen. Hier mag man weiter in Außerlichkeiten Kultur oder was man darunter versteht, pflegen und ruhig hochmütig auf andere, auf die „Hände“ herabsehen. Das wird den Gang der Entwicklung, des idealen und materiellen Werdens nicht im geringsten beeinflussen.

Schade ist es aber, daß ein großes Blatt der Industrie- und Handelskreise sich nicht für zu gut dafür hält, daß in seinen Spalten die Arbeiter beschimpft werden. Man redet und schreibt doch fortgesetzt über „Verständigung“ und „Zusammengehen mit den Arbeitnehmern, über Arbeitsgemeinschaft und Schicksalsverbundenheit und was sonst der schönen Worte noch mehr sind. Wenn das alles wahr und ehrlich gemeint ist, wenn man wirklich so etwas wie Einheit und Verbundenheit in der Arbeit fühlt, dann treffen die Herabsetzungen der Arbeitnehmer, der „Hände“, doch auch die Unternehmer selbst! Aber daran scheint niemand gedacht zu haben und infolgedessen auch nicht daran, daß man die Pflicht hatte, für die sogenannten „Untermenschen“ und „Kulturlösen“, die „Hände“, einzutreten und sie gegen junkerliche Herabsetzung zu schützen. Wie jagte doch der Generaldirektor Wöglar? Vorbeigegangen sind wir an dem wichtigsten Faktor jedes Produktionsprozesses, dem Menschen. Die Einsichtigen unter uns und vor allem die, auf denen die Verantwortung besonders schwer lastet, sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wir in der Arbeiterfrage festgelaufen sind. Die große Masse unserer Arbeiter, und ich muß hinzufügen auch unserer Angestellten, sieht dem Werk und dem Produktionsprozess im Werk fremd, sogar feindlich gegenüber. Die „Menschenbewirtschaftung“ muß in den Vordergrund der sozialen Probleme gestellt werden.

Na also: Warum duldet man denn, daß ein Mecklenburger Junker in einem Industrieblatt von der „Hefe des Volkes“, vom „Untermenschen“ und von „Kulturlösen“ redet? Wir sehen wieder den klassischen Abgrund zwischen Worten und Taten. Und wir sehen noch eins: die Selbsthilfe, der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist alles!

Die Volkskultur, von der soviel gedankenlos gesprochen wird, muß noch erst entstehen. Sie wird nur entstehen, wenn das Volk sie selbst will, wenn es nicht nur für materielle, sondern auch für ideale Werte des Lebens kämpfen will. Das wollen wir ganz gewiß, denn es gibt nur einen Aufstieg, ein Besserwerden der Lebensverhältnisse auf der Bahn stillen Kulturgebens.

### Beschlüsse des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Der Verwaltungsrat tagte am 22. März 1928, um zu verschiedenen für die Arbeiterklasse wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. So hat der Verwaltungsrat Ausführungsbestimmungen erlassen über die Erteilung von

#### Wanderscheinen.

Der Wanderschein soll im allgemeinen nur unverheirateten Arbeitslosen, die das 18. Lebensjahr vollendet und das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, erteilt werden. Voraussetzung ist der Nachweis einer abgeschlossenen Lehrzeit oder einer mindestens zweijährigen erfolgreichen Berufsausbildung. Wanderschein und Durchgangsgaßone sind im Wanderschein zu vermerken. Die Wanderschein darf für denselben Arbeitslosen innerhalb eines Kalenderjahres den Zeitraum von zehn Wochen nicht übersteigen. Die zehnwochenfrist läuft natürlich nicht während der Zeit, während der der Arbeitslose vorübergehende Arbeit angenommen hat. Die Unterstützung kann der Arbeitslose nur am „Wanderscheinort“ beziehen. Als Wanderscheinorte gelten solche Übernachtungsorte des Wanderbezirks, an denen oder in deren näher Umgebung sich ein Arbeitsamt oder die Zweigstelle eines solchen befindet. Die Unterstützung kann teilweise in Sachleistungen gewährt werden. Dabei ist insbesondere an Nachquartier gedacht, wie es z. B. durch die Gewerkschaftshäuser gestellt werden kann. Der wandernde Arbeitslose ist unter derselben Voraussetzung zur Annahme von Arbeit verpflichtet, wie jeder andere Arbeitslose. Er darf auch nur unter denselben Voraussetzungen seine Arbeit aufgeben.

Gewährung der Unterstützung bei mittelbarer Streikfolge. Eine besonders große Aufgabe hatte der Verwaltungsrat zu lösen mit dem Erlass von Richtlinien über die Gewährung der Unterstützung bei Streik und Aussperrung. Das Gesetz schließt nämlich nur die unmittelbare Arbeitskampfen beteiligten Arbeitnehmer von der Unterstützung aus. Dagegen läßt es für solche Arbeitnehmer, die nur mittelbar infolge eines Arbeitskampfes arbeitslos werden, die Unterstützungsgewährung unter gewissen Voraussetzungen und nur dann zu, wenn die Verweigerung der Unterstützung eine unbillige Härte wäre. Um nun den Verwaltungsanschlüssen der Landesarbeitsämter bzw. dem Vorstand der Reichsanstalt, die über diese Frage zu entscheiden haben, Richtlinien zu geben, hat der Verwaltungsrat die Fälle benannt, in denen eine unbillige Härte nicht anerkannt werden darf, und für alle anderen Fälle die zuständigen Instanzen ermächtigt, nach ihrem Ermessen über das Vorliegen einer unbilligen Härte zu entscheiden.

Keine unbillige Härte soll vorliegen, wenn die Arbeitslosigkeit der mittelbar Betroffenen einschließlich der Wartezeit noch nicht vierzehn Tage gedauert hat, wenn die mittelbar Betroffenen von dem Kampfergebnis einen unmittelbaren Vorteil haben, z. B. durch Zugehörigkeit zur gleichen Tarifgemeinschaft, und wenn durch die Arbeitslosenunterstützung eine Beeinträchtigung des Arbeitskampfes zu erwarten ist.

Bei Teiltätigkeit in einem Betriebe oder in mehreren gleichartigen oder nach dem Betriebszweck zusammengehörenden Betrieben die innerhalb einer Gemeinde oder wirtschaftlich zusammenhängender nahe beieinander liegender Gemeinden gelegen sind und sich in der Hand eines Arbeitgebers befinden (§ 50 BVO), gilt folgendes: Wenn Arbeiter mittelbar dadurch arbeitslos werden, daß andere Arbeiter der Belegschaft an einem Arbeitskampf beteiligt sind, erhalten sie keine Unterstützung. Ebenso erhalten Angestellte keine Unterstützung, wenn sie mittelbar dadurch arbeitslos werden, daß andere Angestellte an dem Arbeitskampf beteiligt sind. Werden dagegen Arbeiter infolge der Beteiligung von Arbeitern an Arbeitskämpfen arbeitslos, so kann unbillige Härte anerkannt werden. Im ersteren Falle ist die Entscheidung dem Vorstand vorbehalten.

Schließlich soll eine unbillige Härte auch dann nicht vorliegen, wenn die Stilllegung des mittelbar betroffenen Betriebes deshalb als notwendige Folge des Arbeitskampfes eingetreten ist, weil er für seine Weiterarbeit auf die Lieferung von elektrischem Strom, Gas oder von Halb- und Fertigwaren durch den unmittelbar betroffenen Betrieb ausschließlich angewiesen ist. Hiermit sind die Fälle gemeint, in denen ein Betrieb entweder von einem bestimmten Kraftwerk ausschließlich abhängig ist oder seine Halb- und Fertigwaren nur von einem bestimmten Betriebe beziehen kann, also nicht in der Lage ist, sich durch Umlegung seiner Aufträge anderweitig einzudecken.

Die hier kurz geschilderten Richtlinien, die in nächster Zeit noch eine ausführlichere Besprechung finden sollen, stellen das Ergebnis sehr schwieriger Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern dar. Diese Verhandlungen sind nicht erst gepflogen worden, seit das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Kraft ist, sondern bereits seit vielen Jahren war man bemüht, eine Formel zu finden, die das Verhalten der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung bei Streiks und Aussperrung regelt. Ob die nunmehr getroffene Regelung eine befriedigendere Lösung der Frage darstellt, wird erst durch die praktische Auswirkung der Richtlinien erwiesen werden können.

### Mai-Sitten.

Kraße Brände. — Mädchen werden verheiratet. — Walpurgisnacht.

Überall unter vielen Völkern Asiens und Europas gab es seit alter Zeit Feste zur Feier der Einkehr des Frühlings. Bei den Germanen beging man in der Nacht am Anfang des Monats Mai Freudenfeste zu Ehren der Hochzeit des Wodan mit der Göttin Frühlingsgöttin Freya. Ihr war der Monatsname gewidmet. Auf den Berggipfeln entzündeten unsere Vorfahren in der Nacht zum Walpurgis Freudenfeuer, um die das junge Volk anzulocken. Noch heute gibt es in manchen Gegenden diesen Brauch, der dem die jungen Mädchen an die Hochzeit verheiratet werden. Wer aber in der Maienzeit eine Schwärze gemerkt, der darf das ganze Jahr hindurch nicht mit einer anderen gehen und stets nur mit seiner Maid tanzen. Beim Maienfest werden auch heute noch der Walpurgis und die Maienzeit gewidmet (gewidmet). Nicht selten sind aus solchen Verbindungen glückliche Ehepaare geworden.

Kraft ist auch die Eiche, eine junge, grüne Birke, mit dem Walpurgis verbunden, am ersten Tage des Monats als Walpurgis im Dorfe anzufachen, darunter das junge Volk sich bei Tanz, Schmaus und Spiel erfreut. In manchen Gegenden stellen die Mädchen auch wohl den jungen Mädchen einen Mann zum Heirat an. Hier steht er aber des Kammerherrn. Birke und Holunder waren bei den alten Germanen der den Liebenden zugehörigen Wälder. Freya gewidmet, ebenso wie die Eiche als der Baum der Maid galt. Noch jetzt sagt man wohl in Westfalen: „Wom Holzer mit mir den Mai an!“ (Wom Holzender mag man den Mai annehmen.)

In Beginn des Monats zogen die guten Götter von den Bergen zu Tal. Vor ihnen flohen die bösen Wintergeister, und unter den Segenswünschen der Himmlichen begann die Natur aufzubrechen zu grünen und zu blühen. Vielleicht ist mit diesem Glauben der alten Germanen auch der in manchen Gegenden übliche Maienritt um die Gasse mit einem nachfolgenden Ringreiten auf grünem Wiesenplan zurückzuführen. Früher ritt in einigen Gegenden Wapner sogar der Pfarrer im vollen Ornat hoch zu Ross mit, um die jung sprühenden Felder zu weihen. Dieser Brauch war auch als Maienritt bekannt.

Kraft ist auch der Glaube an die heilende Kraft des Maientaus. Rainwasser, Mairegen, so glauben die Leute, besigen gesundheitsbringende Wirkung. Für besonders heilkräftig gegen Augenleiden hält man das vor Sonnenanfang des 1. Mai im Brunnen oder Bergbach geschöpfte Wasser. Ein alter Spruch sagt: „Im Meyen ist die beste Zeit, eine Wadschrit anzutreten!“

Zufällig verordneten auch Ärzte im Mittelalter gern Heilkräuter in den Wäldern zur Zeit des jungfrühen Maienmonats. So spricht Paracelsus von der verjüngenden Krautkraft der Wälder.

Unter der Einwirkung des Christentums sind die Reste der altgermanischen Kulturbäume immer mehr verschwunden, oder sie nahmen eine vollkommen veränderte Form an. Das betrifft z. B. die am 1. Mai begangene Walpurgisnacht, die vor allem ja heute noch auf dem Brocken, dem Hagen- und Blockberg, begangen wird. Walpurgis war Ende des 8. Jahrhunderts Abtissin im Kloster zu Heidenheim bei Eichstätt. Sie galt im Volk als die Beschützerin vor Zauberei und Hexenkünsten, und da ihre Heiligsprechung am 1. Mai geschah, so fällt auf diesen Tag auch das Walpurgisfest.

Noch lange nach Vordringen des Christentums im alten Sachsen und im Harz feierten wohl oben auf der Brockenpitze Anhänger der altgermanischen Götter in der Nacht zum 1. Mai ein Fest zu Ehren der Hochzeit des Wodan mit der Freya. Mächtige Feuer wurden dabei abgebrannt, bei deren Aufleuchten dann die schon christlich gewordenen Talbewohner an ein wildes Treiben böser Geister und Hagen auf der Bergspitze glaubten. So entstand aus dem Frühlingsfest der heidnischen Germanen die bis heute erhaltene Walpurgisnachtfeier auf dem Brocken, da alljährlich viele Menschen hinaufziehen, um nachlässigerweise unter Abfeuern von Böllern und Feuerwerk, in Tenselmäskchen und Nummernschanz mit den Brockengeistern und Hagen ein feucht-fröhliches Fest bis zum frühen Morgen zu begehen. Eine Fahrt in den Harz, ein Aufstieg nach dem Brocken zur Feier der Walpurgisnacht ist sicherlich der Mühe wert. Obsehe sogar war davon ganz begeistert. Er hat die Walpurgisnacht auf dem Blockberg in seinem „Faust“ verewigt.

Auch bei den alten Griechen und Römern wurde der Einzug des Monatsfestlich begangen. Maria, nach dem Glauben der Griechen die Tochter des Atlas und der Pleione, gebar als Geliebte des Zeus den Götterboten Hermes. Maria, in der römischen Götterwelt die Tochter des Faunus und Gemahlin des Vulkan, galt im alten Rom als Fruchtbarkeit verleihende Frühlingsgöttin. Nach ihr erhielt der Monatsname den Namen Maius, daher auch unser Wort Mai stammt. Am 1. Mai opferden die Römer der Göttin Maria bei Gelegenheit des Frühlingsfestes ein Schwein. Wie im Weihnachtstfest und Ostertfest, so sind auch im Pfingstfest heidnische altgermanische Feiern übernommen, und zwar vor allem aus dem Frühlingsfeste zum 1. Mai. Das betrifft u. a. auch das Pflanzen von Maibäumen (Birnen) an den Straßen und das Schmücken der Hausgänge mit Maigrün zu Pfingsten.

Wartzeit

Schließlich hatte sich der Verwaltungsrat zu beschäftigen mit der Neuordnung der Wartzeit für Arbeitslose. Das Gesetz sieht eine grundsätzliche Wartzeit von sieben Tagen vor, die durch den Verwaltungsrat der Reichsanstalt verhängt und auch für die Gewerbe mit berufstätlicher Arbeitslosigkeit verlängert werden kann.

Bisher galt in den meisten Bezirken für die allgemeine Wartzeit eine Verkürzung auf drei Tage. Die Aufrechterhaltung dieser verkürzten Wartzeit hatte der Verwaltungsrat seinerzeit nur bis zum 1. April d. J. vorgegeben. Nach den nunmehrigen Regelungen sollen aber nicht unmittelbar nach dem 1. April die gesetzlichen sieben Tage in Kraft treten, sondern bis zum 15. April bleibt es zunächst bei drei Tagen.

In einer Entschließung sprach der Verwaltungsrat seine Bereitwilligkeit aus, den gegenwärtigen Schwierigkeiten der Versicherung, die mit der berufstätlichen Arbeitslosigkeit zusammenhängen, bis zum Herbst durch eine neue Regelung zu entsprechen.

Krisenunterstützung

Das Reichsarbeitsministerium hatte dem Verwaltungsrat seine neuen Vorlagen betreffend Krisenunterstützung zur Begutachtung unterbreitet. Es war vorgeschlagen, die Krisenunterstützung auch über den 31. März 1928 weiterzuführen in der Form, daß zunächst eine Verlängerung des gegenwärtigen Rechtszustandes bis zum 15. April erfolgt. Vom 15. April an sollen für die aus der Versicherung Ausgeschiedenen dieselben Bestimmungen gelten wie bisher, d. h. also die sechs Berufsgruppen, Gärtner, Metall-, Leder-, Holz-, Bekleidungsindustrie und Angestelltenberufe sollen weiterhin zugelassen werden.

Die Gewerkschafts-Zeitung, Nr. 13, der wir diese Ausführungen entnehmen, schreibt hierzu:

Bei der Beurteilung dieser Vorschläge ist davon auszugehen, daß bereits der Reichstag den Versuch gemacht hatte, die durch eine etwaige Neuordnung der Krisenunterstützung entstehenden Härten möglichst auszugleichen. Der Reichstag hat daher durch Initiativgesetz vom 17. März 1928 die Geltungsdauer des § 240 VVG, d. h. die sogenannten Übergangsvorschriften über den 31. März hinaus um drei Monate verlängert. Danach können solche Arbeitslose weiter unterstützt werden, die sich am 1. Oktober 1927 bereits in der Erwerbslosenfürsorge oder Krisenunterstützung befanden und ihren Anspruch nach den alten Vorschriften noch nicht erschöpft haben.

Es ist zu hoffen, daß das Reichsarbeitsministerium, bei dem ja für alle diese Fragen die letzte Entscheidung ruht, an den Wünschen der Mehrheit des Verwaltungsrats nicht achlos vorbeigehen wird.

Bericht des Gau 4 über das Jahr 1927.

Table with 2 columns: Activity and Count. Includes: Öffentliche Versammlungen (9), Mitgliederversammlungen (128), Betriebsversammlungen mit Lohnbewegungen (110), etc.

Diese Zahlen zeigen eine umfangreiche Tätigkeit, die aber nicht immer eine reifliche Befriedigung auslöst, weil nicht immer unsere und der Kollegen Wünsche in Erfüllung gingen. Leider fehlt es gerade in unserem Bezirk stark an der Unterstützung von Seiten unserer Kollegen.

Aber die Erfolge unserer Lohnbewegungen für die gesamte Industrie verweisen wir unsere Kollegen auf das Jahrbuch. Einiges soll jedoch hier hervorgehoben werden.

In der Ziegellindustrie Pommerns war es auch im Jahre 1927 nicht möglich, einen Gesamtarbeitsvertrag zustande zu bringen. Die Herren behaupteten, die Ziegellindustrie für Pommern sei zu verschiedenartig. Aber auch in bezug von Lohnverhältnissen machten uns die Herren große Schwierigkeiten, so daß wir wiederholt die Gerichte anrufen mußten.

Eine eigentümliche Stellung nahm recht häufig der Schlichter für Pommern ein. Er erklärte einen Schlichterspruch des Schlichtungsausschusses steif, welcher gegen die Arbeitnehmer gefällt und für die Ziegelarbeiter untragbar war. Für verbindlich. Dasselbe wollte er auch für die Ziegeler in Kolberg unternehmen, wenn sie sich dem Spruch nicht unterwerfen wollten. Hier waren aber die Ziegelerbesser klüger, indem sie nach ein paar Pfennig auf den bereits eingehenden Lohn zulegten.

In den Fällen, wo wir Anträge auf Verbindlichkeitsklärung stellten, wurden uns dieselben meistens abgelehnt. Auch in anderen Angelegenheiten hatte der Herr Schlichter für Pommern viel Verständnis für die Schmerzen der Unternehmer.

Für die mecklenburgischen Ziegeleien wurde auch im Jahre 1927 ein Betriebsvertrag abgeschlossen. Aber auch hier gab es Ziegeleibesser, die sich nachträglich wie trockne Kinder benahmen, indem sie den Einzelbestimmungen des Vertrages eine andere Auslegung gaben. Sie wurden zur Ordnung gebracht.

Einem schweren Kampf bereiteten wir den Herren in der Zementindustrie. Der Pommersche Industrieverein auf Aktien besitzt in Lebbin und Wolgast je eine Zementfabrik. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wurden hier die Gelben, d. h. der Reichsband der vaterländischen Arbeitervereine gefördert. Unsere Kollegen mußten von den besten Arbeitsstellen verschwinden und dafür wurden die Gelben an ihre Stelle gestellt.

Beide Direktoren wurden von uns wegen Überschreitung der Arbeitszeit angezeigt. Mit welchem Erfolg? Beide wurden freigesprochen. In beiden Fällen hat die Staatsanwaltschaft Be-

Die Einfuhrsperre sind eine Belohnung an die Großagrarier für die Ausfuhr von Getreide. Weil aber unsere deutschen

nie fass werden, deshalb hat ihnen die Rechtsregierung unter dem Reichskanzler Marx neue Vergünstigungen verschafft, um die Großagrarier bei guter Laune zu

erhalten

und zur Belohnung für Gegendienste. Sie hat unter Mithilfe der rechtsgerichteten Reichstagsmehrheit das Einfuhrsperrensystem erweitert durch Ausdehnung auf die Ausfuhr von Schweinen. Die Junker erhalten also

Prämien

für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten, obwohl Deutschland gezwungen ist, Nahrungsmittel einzuführen, um den Bedarf zu decken. Wähler, zieht die Konsequenzen!

Die ersten Verhandlungen wurden bereits im Spätsommer 1927 geführt. Die Verhandlungsinstanzen haben aber noch nicht entschieden. Ob's wohl schwer fällt?

Die Zementfabrik Jüllow beschloß ihren Arbeitern, zu den Gelben überzutreten. Die Gelben schlossen darauf hinter unserem Rücken mit der Direktion einen Tarifvertrag ab. Unser Einwand, daß auch unser Verband in der Zementfabrik Jüllow noch Mitglieder aufzumeisen habe und wir bei den Verhandlungen mit zugegen sein wollten, wurde zunächst mit kaltem Ansinnen abgewehrt. Auf wiederholtes Drängen unsererseits wurde uns die Antwort zuteil, der Direktor wolle nur mit den Christlichen abschließen, aber überhaupt nicht. Die Christlichen dürfen sich nicht wundern, wenn die Arbeiter nachdenklich werden, jedoch nicht zum Vorteil der christlichen Organisation.

Daß wir mit den Erfolgen unserer Lohnbewegungen, ganz gleich in welcher Industrie, nicht zufrieden sind, brauchen wir nicht zu verschleiern. Lohnkriege sind und bleiben Nachfragen. Mögen unsere Kollegen und Kollegen in unserem Bezirk zu der Einsicht kommen, daß Lohnkriege in erster Linie abhängen von der Stärke der Organisation. Würden sich unsere Frauen und Mädchen mehr als bisher an den Verhandlungen über Erhöhung der Löhne beteiligen, dann bekämen sie zu hören, wie die Unternehmer und ihre Vertreter die bescheidensten Forderungen behandeln.

Also, ihr Frauen und Mädchen, beteiligt euch mehr als bisher aktiv bei solchen Gelegenheiten! Überlaßt diese Arbeit nicht den Männern allein!

In einzelnen Jobstellen mit vielen weiblichen Mitarbeiterinnen vermissen wir unsere Kolleginnen in der Verwaltung. Das ist eine betrübende Erscheinung.

In puncto Agitation vermissen wir in einigen Jobstellen die Regsamkeit.

Da Versammlungen keinen Zweck haben, da muß die Hausagitation einsehen; diese, geschieht eingeleitet, zeitigt Erfolge. Wir müssen die Indifferenten aufsuchen.

Der schriftliche Verkehr in unserem Gau war: 3708 Posteingänge und 8287 Postausgänge.

Eine Heidenarbeit verursachten die vielen Klagen vor den Arbeitsgerichten und die Urteilsabschreibungen für den Vorstand.

Wenn wir mit dem Erreichen auch nicht reiflos befrachtet sind, erreicht wurde doch manches. - Allen Kollegen, die uns hierbei tatkräftig unterstützt haben, sagen wir an dieser Stelle unseren besten Dank.

Wenn wir mit vereinten Kräften für die Interessen unserer Kollegen und der gesamten Organisation arbeiten, dann wird auch der Erfolg im Jahre 1928 nicht ausbleiben.

Verbandstagsdiskussion. Der Kollege Friedrich Praxha aus Dörmehorst schreibt: Auf dem letzten Verbandstag lag ein Antrag vor, daß nur solche Kollegen zu demselben delegiert werden sollten, die in den Bezirken tätig sind. Derselbe wurde abgelehnt, weil das Sache der Ortsgruppen sei, was ja auch richtig ist. Aber betrachten wir uns einmal die Zusammenlegung der Verbandstage. Bei einiger objektiver Beurteilung muß man doch sagen, daß dieselbe ein ungeländer Zustand ist und für die Organisation nicht gerade fördernd wirkt. Es ist doch so, daß meist, bis auf einige wenige, besondere Angestellte der Organisation vertreten sind. Meist wird in den Versammlungen eine besondere Kraft als Kandidat aufgestellt und auch gewählt, weil denen besser Zeit und auch mehr Erfahrung zugesprochen wird. Ich bin nun der Auffassung, daß wir genügend Kollegen haben, die geeignet sind, diesen vorübergehenden Posten zu bekleiden. Sich auf eine Woche mal freizumachen, dürfte heute auch nicht mehr so schwer sein. Kollegen! Ich möchte hier nicht die Gründe anführen, weshalb der Verbandstag ein anderes

Gezicht haben muß. Mir liegt es auch fern, irgendeine Angelegenheit der Organisation herabzumühen, aber wer im gewerkschaftlichen Leben sich tagtäglich innerhalb der arbeitenden Masse bewegt, wird es verstehen. Das Vertrauen zur Organisation wird ohne Zweifel besser. Die Werbung und Erhaltung von Mitgliedern wird leichter. Ich möchte die Kollegen allerorts ermahnen, zu dieser Frage einmal ernstlich Stellung zu nehmen und dann auch danach zu handeln.

Sterza kann nur gesagt werden, was auch schon früher stets betont wurde: Es ist Sache der Mitgliedschaft, wen sie als Delegierten wählt. Die Mitgliedschaft muß wissen, wer als geeignet in Frage kommt. Daß die Delegierten gute Gewerkschafter mit Erfahrungen im Verbandsleben sein müssen, ist ja wohl auch für jede Mitgliedschaft selbstverständlich. Wir dürfen wohl sagen, daß unsere Organisation keinen Mangel an solchen Funktionären und sonstigen Mitgliedern hat, die heute noch im Betriebe stehen. (Die Redaktion.)

Berichte aus den Zahlstellen.

Läden. Am 17. März hatte die Zahlstellenleitung die Mitglieder zur Feier ihres 30jährigen Bestehens nach dem Bürgergarten eingeladen. Es galt sechs Jubilare zu ehren, die 20, 25 und 28 Jahre dem Verbände angehören. Nach der Begrüßung durch den 1. Bevollmächtigten, Koll. Karl G. hielt Koll. Emil Schönlund von der Gauleitung Erwort den Vorwort. Er überbrachte den Jubilaren und Mitgliedern die besten Wünsche und Grüße des Hauptvorstandes und der Gauleitung. In seinen Ausführungen führte er den Anwesenden die ersten Anfänge der Gewerkschaftsbewegung vor 30 Jahren und die Kämpfe, die sie gegen das Unternehmertum zu führen hatte, vor Augen. Die Ziele unseres Verbandes sind nicht nur Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung, sondern unser Ziel ist die Befreiung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der kapitalistischen Gesellschaft. Er ermahnte die Mitglieder, ihre Pflicht zu tun und den Jubilaren nachzueifern. Alsdann überreichte er den Jubilaren, Koll. Gottl. Berglenda (30 Jahre Mitglied und Gründer der Zahlstelle), Koll. Hermann Fleischer, Koll. Franz Sura (beide 25 Jahre Mitglied), Koll. Oswald Kirchner (28 Jahre Mitglied), Koll. Albert Schmidt und Koll. Wihl. Schmidt (beide 27 Jahre Mitglied), die vom Hauptvorstand gestifteten und von der Zahlstelle geschmackvoll eingerahmten Diplome. Nach diesem folgte der gemüthliche Teil, der die Mitglieder bis spät nach Mitternacht zusammenhielt. F. W.

Zwickau. Reinfall der national-sozialistischen Interessengemeinschaft. Kännemann, Koch und Koch sind die Namen der Führer derjenigen Arbeiter bei der Firma C. F. Leonhardt, Papierfabrik in Krossen a. d. Mulde, welche im nationalen Fahrwasser liegen. Diesen Herrschaften gestiftete es nach der "Macht" im Betriebsrat. Um dieses Ziel zu erreichen, schlossen sie einen Bund mit der Bezeichnung "National-sozialistische Interessengemeinschaft". Die Gewerkschaftsgegner und Anhänger der nationalsozialistischen und militaristischen Verbindungen aller Schattierungen sollten unter vorstehender Namensbezeichnung zusammengefaßt werden, um bei der Neuwahl zum Betriebsrat den "freien Gewerkschaftern" das Lebenslicht auszublasen. Nachdem man sich auf eine gemeinsame Vorschlagsliste geeinigt und diese beim Wahlvorstand eingereicht hatte, wurde die zur Verfügung stehende und oft auch die nicht zur Verfügung stehende Zeit zur Propaganda für diese Liste in ausgiebigem Maße verwendet. Die Betriebsleitung fand daran Wohlgefallen, war sie sich doch bewußt, daß auch diese Zerpflicke unter der Arbeiterschaft nur zu ihrem Vorteil gereichen würde. Sie duldete sogar, daß einige Leute bereits vor der Wahl während der Arbeitszeit im Interesse dieser nationalsozialistischen Gemeinschaftsliste durch Ankleben riesengroßer Werbeplakate, Verteilen von Flugzetteln usw. beschäftigt wurden. Die diesbezügliche Verbotbestimmung in der Arbeitsordnung gilt nur für Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes, wie die Erfahrung lehrt. Diese werden in solchen Fällen auf das Plaster gesetzt, während die Mitglieder faschistischer Formationen ausgezeichneter Lob dafür ernten. In einem Propagandaablaß der Nationalsozialisten war der geistliche Satz zu lesen: "Ja, für Eure Führer ist das sozialistische Problem gelöst. Anstatt das wirkliche Großkapital zu bekämpfen, hat man die deutsche Wirtschaft zerschlagen und damit auch Eure eigene Existenz und Euch zu Sklaven gemacht für das internationale Kapital". Die denkenden Wähler sind aber nicht auf diesen Leim getreten, sie setzten ihre Stimme ein für die freigewerkschaftliche Liste, so daß die nationalsozialistische Interessengemeinschaft eine glatte Niederlage erlitt. Nur 67 Stimmen oder 10,5 Prozent der Wähler sind diesen Irweg gegangen, womit zwar 1 Sitz im Betriebsrat erlangt werden konnte, der aber unserer Kollegenschaft nichts schaden und der Firma nichts nützen kann, da er vollständig einflußlos bleiben wird. Die verärrerten Gesichter nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses legten dafür Zeugnis ab, und alle Anzeichen deuten daraufhin, daß es diesen Herrschaften heute lieber wäre, wenn sie von der Aufstellung einer Vorschlagsliste Abstand genommen hätten. Der einzige nationalsozialistische Sieger kann nun sein Ehrenamt antreten. Hoffentlich fällt er sich recht wohl.

Jugendbewegung.

Jugend in die Front.

Nachdem die Schulauflösungsfeiern für die neu ins Leben tretenden jungen Mädchen und Jungen vorüber sind, beginnt sich das praktische Leben bemerkbar zu machen. Allen Schulentlassenen ist wohl beim Abgang von der Schule in erster Reihe dargelegt worden, welche wichtiger Abschnitt die Beendigung der Schulzeit und der Eintritt in das Erwerbsleben im Menschenleben ist. Den meisten der Jugendlichen dürfte die Bedeutung dieser Worte in ihrer ganzen Schwere kaum ganz klar geworden sein. Im Ehefen werden die erfasst haben, warum es geht, die aus Arbeiterfamilien stammen und dort bereits in frühesten Jugend den ständigen Kampf ums Dasein vor Augen hatten.

Nun ist eines der schwierigsten Probleme für alle Erzieher sowohl wie auch für die jungen Menschen selbst die Berufswahl. Eine Reihe von Faktoren sind dabei maßgebend. Die persönliche Veranlagung, die in Wirklichkeit das allein Ausschlaggebende sein sollte, kann nicht immer allein entscheidend sein. Die Arbeitsmarktlage, die Familientradition und die Vermögensverhältnisse der Eltern beeinflussen ebenfalls sehr stark die Berufswahl.

Gegenwärtig dürfte das Suchen nach Stellen für Lehrlinge und Jugendlichen durch die im allgemeinen günstige Wirtschaftslage erleichtert werden. Aber auch heute schon haben die Verantwortlichen die Pflicht, die Entwicklungsmöglichkeiten der verschiedenen Gewerbe und Industrien zu studieren, um den Nachwuchs für die Zukunft vor Schaden zu bewahren. Die Eltern werden gut tun, sich jeweils am Orte nach den Bedingungen und Aussichten bei den verschiedenen Stellen zu erkundigen. Als solche Stellen kommen die bei den meisten Wohlfahrtsämtern vorhandenen Berufsberatungstellen und die örtlichen Gewerkschaftsleitungen in Betracht. Verbältnismäßig leicht wird die Frage da entschieden werden können, wo es sich um die Übernahme von Arbeit für sogenannte Un-gelehrte oder Angelernte handelt. Schwieriger wird es dort, wo die Eltern ihre Kinder in ein Lehrverhältnis bringen wollen.

Aber noch eins ist es, auf das hier besonders hingewiesen werden soll und was den Erziehern wie auch den Jugendlichen nicht nachlässig genug eingepreßt werden kann: nämlich auch die Verpflichtung, die schulpflichtigen jungen Menschen der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Jeder Kollege und jede Kollegin hat die Pflicht, Eltern und Jugendliche auf die Wichtigkeit der Organisation hinzuweisen. Der Jugendliche ist noch viel mehr als der erwachsene Arbeiter der Willkür des Unternehmers und der Unbill der Verhältnisse ausgeliefert. Mit dem Eintritt in das Arbeits- und Berufsleben geht er eine Reihe von Rechts-

verbindungen ein, deren Tragweite ihm gar nicht klar genug sein kann. Auch die Väter und Vormünder haben oft nicht die Gelegenheit, sich so um das Wohl der ihnen Anvertrauten zu kümmern, wie es in ihrem Interesse nötig wäre. In solchen Fragen ist die Gewerkschaft der beste Berater und Helfer. Die Bemühungen der Gewerkschaften, die Verhältnisse der Jugendlichen sowohl in rechtlicher wie auch in sozialer Hinsicht zu heben, sind hinreichend bekannt. Alle Verbände bemühen sich auf das eingehendste, den Jugendschutz mehr und mehr auszubauen. Die Forderungen auf Erhöhung des Schutzes, auf Verbot der Nacharbeit, auf Festsetzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit einschließlich der Fortbildungszurzeit, auf Gewährung eines jährlichen Urlaubs von 2 und 3 Wochen — Forderungen, die durch das neue Arbeitsschutzgesetz mit zur Geltung gebracht werden sollen — entspringen der Initiative der Gewerkschaften. Von Erfolg werden diese Bemühungen dann sein, wenn die nötigen gesetzlichen Unterlagen vorhanden sein werden. Trotzdem gelang es bereits, eine Reihe von Sicherungen und Verbesserungen für die Jugendlichen tariflich festzulegen.

Aber auch die direkte Verbandshilfe, die dem Jugendlichen zufließt, ist in der Reihe der gewerkschaftlichen Leistungen als wichtiges Moment hervorzuheben. Wer von unseren Kollegen hat noch nicht den Wert einer gewerkschaftlichen Unterstützung verspürt, wenn er den Wanderstab ergreifen mußte und sich an anderer Stelle um Arbeit umschaute. Diese Praxis des Hinausgehens der jungen Leute in die Welt wird heute noch vielfach geübt, teils freiwillig, teils unter dem Zwang der Verhältnisse. Gerade dabei ist die finanzielle und moralische Unterstützung der Gewerkschaft für den jungen Menschen ein kräftiger Haub. Auch bei den inner-gewerkschaftlichen Einrichtungen wird mehr und mehr auf das Wohl der Jugendlichen Rücksicht genommen. Je früher also der junge Arbeiter sich seinem Verbands an schließt, desto eher wird er in die Lage kommen, den Segen der Unterstützungen sowohl bei Kämpfen wie auch in den Fällen der Erwerbslosigkeit wohlwollend zu verspüren.

Wir sehen das fortgesetzte Bemühen der Gewerkschaften, dem jungen Nachwuchs nach Kräften beizustehen. Diese Bemühungen sollen auch weiterhin fortgesetzt werden. Dazu ist aber die tätige Mithilfe der Erzieher und der Jugendlichen selbst notwendig. Nicht nur Vergünstigungen sollen das junge Mädchen und der junge Mann nachlaufen, sondern in den Vereinigungen der Gewerkschaftsjugend oder auch gemeinsam mit den älteren Kollegen sollen sie sich bemühen, wertvolle Lebenskämpfer zu werden. Wer sich dabei etwa auf die Mithilfe der Unternehmer verlassen wollte, ginge vollständig irre. Zwar gibt es Betriebe, in denen der Lehrling und Jugendliche gut vorwärts gebracht wird. Das sind jedoch nur Ausnahmen. In den weitaus meisten Fällen geht das Bestreben der Arbeitgeber dahin, willige, brauchbare und unaufgeklärte, unwissende Ausbeutungsobjekte zu haben. Alle Redensarten, daß es nationale Pflicht wäre, für die Jugend weitgehend zu sorgen, finden in dem Profitstreben der einzelnen Unternehmer ihre Grenze. In der Vergangenheit waren es die Gewerkschaften, die den Schutz der Jugendlichen mit Nachdruck sich zu eigen machten. Sie schufen damit die Voraussetzungen zur Erziehung aufgeklärter und wissender Kämpfer, erfüllten darüber hinaus aber auch eine große volkswirtschaftliche und nationale Mission, ohne allerdings viel Ehre und Aufhebens davon zu machen. So wird es auch in der Zukunft sein!

Deswegen ergeht heute beim Eintritt einer neuen Jahresklasse in den Lebenskampf an alle Erzieher und an die Jugendlichen selbst die Forderung:

**Siein in die Front aller Arbeitenden!  
Sinein in die freien Gewerkschaften!**

Die Gewerkschaften sind der starke Schutzwall, an dem alle Ansprüche der Arbeitgeber auf Ausbeutung der Jugendlichen zerfallen werden. Deshalb haben die Jugendlichen auch die Pflicht, an der Gestaltung ihres künftigen Schicksals tatkräftig mit Hand anzulegen und den Schutzwall, den die Gewerkschaften besonders für sie heute schon darstellen, mehr und mehr zu stärken. S. Kühn.

### Wirtschaftliches.

#### Steigende Industrienernte.

(1115 Millionen = 5,64 Prozent.)

Auf Grund einer Aufstellung des Reichsstatistischen Amtes ergeben die zwischen dem 1. Juli 1926 und dem 30. Juni 1927 veröffentlichten Abschlässe der deutschen Aktiengesellschaften Gewinne in Höhe von 1115 Millionen Mark. Davon wurden 77,5 Prozent als Dividende ausgeschüttet. Auf das gesamte dividendenberechtigte Aktienkapital bezogen, betrug die Dividende 5,64 Prozent gegenüber 4,75 Prozent im Vorjahre. Die höchsten Dividenden verteilten die Brauereien mit 10,33 Prozent (im Vorjahre 8,83 Prozent); dann folgen die gebundenen Betriebe der chemischen Industrie (s. h. die I.-G. Farbenindustrie) mit 9,90 Prozent (9,46 Prozent), der Kalibergbau mit 9,77 Prozent (8,93 Prozent), die Versicherungsgesellschaften mit 8,72 Prozent (6,38 Prozent), die Banken mit 8,65 Prozent (7,57 Prozent) und der Braunkohlenbergbau mit 8,10 Prozent (7,74 Prozent).

Die Dividendenentwicklung gibt natürlich die gemachten Gewinne auch nicht annähernd richtig wieder. Gerade im Jahre 1926/27 hat sich die Methode eingebürgert, wesentliche Teile der Überschüsse zur Finanzierung der Werke zu verwenden. Trotzdem die Überschüsse von vornherein gekürzt worden sind, zeigt die Entwicklung der Dividende steigende Tendenz. Das ist besonders bemerkenswert, weil das Geschäftsjahr 1926, das von der Erhebung des Statistischen Reichsamtes in der Hauptsache erfaßt wird, als ausgesprochenes Krisenjahr bezeichnet werden muß. Im einzelnen ergibt sich folgende Entwicklung:

	1925/26	1926/27
Erfafte Gesellschaften	3.078	3.021
Stammkapital (in Mill. Mark)	17.314,5	17.676
Dividende auf das dividendenberechtigte Stammkapital	4,75 %	5,64 %
Gesellschaften mit Jahresertrag:		
Umsatz der Gesellschaften	2.298	2.307
Stammkapital (in Millionen Mark)	14.353	15.249
Jahresertrag (in Mill. Mark)	936	1.115
Ertrag in % des Stammkapitals	5,41 %	6,30 %
Gesellschaften mit Jahresüberschlag:		
Umsatz der Gesellschaften	1.714	658
Stammkapital (in Millionen Mark)	2.765	2.166
Jahresüberschlag (in Mill. Mark)	236	233
Jahresüberschlag in % d. Stammkapitals	1,65 %	1,22 %

Wenn man die Betriebe mit Nettoverlust gegen die Betriebe mit Nettogewinn aufrechnet, ergibt sich ein Überschuß von 891 Millionen Mark, während er im vorigen Jahre nur 650 Millionen Mark betrug. Im Jahre 1926/27 machte der reine Überschlag bei den erfaßten Gesellschaften 4,98 Prozent gegenüber nur 3,76 Prozent im Jahre 1925/26 aus.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Mitgliederzunahme der freien Gewerkschaften im Jahre 1927.

Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbände hatten am Jahreschluß 1927 nach den vorläufigen vierteljährlichen Erhebungen

4 385 061 Mitglieder.

Während des Berichtsjahres hat ein ununterbrochener Aufstieg der Mitgliederzahlen stattgefunden. Der Zuwachs an Mitgliedern gegen Ende des Vorjahrs beläuft sich auf 451 130 = 11,5 Prozent. Die endgültigen Ergebnisse der Jahresstatistik werden an diesen Zahlen wenig ändern.

### Rundschau.

#### Flegel.

Der „Werks-Vote“, Zeitschrift für die Belegschaften der industriellen Werke von Benrath, Reisholz und Hilden, berichtet in der Nr. 8 vom 6. April 1928 über einen „Elternabend der Lehrwerkstätte“ am 21. März in Benrath. Der Leiter der Werkstätten hielt einen Vortrag und sagte unter anderem:

„Das Auge lacht jedem Besucher wenn er unsere Jungen arbeiten sieht. Wenn sie über die Straße ziehen — nicht wie die Flegel mit langen Haaren, schiefer Mütze, die Hände in den Taschen, die Zigarette im Mundwinkel — nein — frei,

### Das

vergangene Reichsparlament mit seiner rechtsgerichteten Mehrheit hat den Arbeiterfamilien die Fleischrationen verkürzt und verteuert. Das

### nahrhafte

amerikanische Gefrierfleisch konnte seither bis zu 120 000 Tonnen im Jahr zollfrei eingeführt werden. Jetzt ist dieses zollfreie Quantum auf 50 000 Tonnen herabgesetzt worden. Billiges

### Gefrierfleisch

gibt es also nicht mehr für die Arbeiterfamilien, oder sie erhalten solches überhaupt nicht mehr. Die bürgerlichen Parteien haben den Armen das gute und verhältnismäßig billige Fleisch

### entzogen

zugunsten der Großagrarien, der Junker, die ja bekanntlich nie genug bekommen können. Wähler, vergeßt es nicht!

troß und ungebrochen, — das ist der Typus des modernen Lehrwerkstatt-Jungen, und wenn Sie, liebe Eltern, uns zu Offern ihre Buben zuschicken wollen, dann wissen wir, daß es nicht aus Liebe zur viel geschmähten Industrie oder aus der Verlegenheit heraus geschieht, sie könnten den Jungen nicht anderweitig unterbringen, sondern deshalb, um ihm neben der planmäßigen Erziehung zum taktvollen, zielbewußten Menschen eine gute Schulung zu geben.“

So redet kein Mann, der wirklich Verständnis für junge werdende Menschen aufbringt. Der Pädagoge schimpft vor allem nicht, wie es dieser Leiter der Lehrwerkstätte tut. Aber vielleicht hat er bei seinen unehelichen Ausfällen an die studierende Jugend der besitzenden Klasse gedacht.

#### Europäische Zivilisation.

Die Engländer haben ein furchtbares Mittel, mit dem sie die Araberstäme im Irak und an seinen Grenzen in Ordnung halten: die Fliegerbombe. Zahl ein Stamm hartnäckig seine Steuern nicht, oder tritt er sonst in Gegensatz zu den Gesetzen, flugs wird eine Fliegerstaffel entsandt, die das Lager der jüdischen Gruppe mit Bomben belegt. Daß dabei auch Frauen, Kinder und Greise wahllos getötet werden, ist Nebenache. Es ist die billigste Methode, wie geschaffen, um den Arm der britischen Macht bis in die Wäpfe hineinzuführen zu lassen. Das gleiche Verfahren wird natürlich auch angewandt, wenn fremde Stämme in räuberischer Absicht die Grenze des Mandatsgebietes überschritten haben. Dann ist die Verfolgung aus der Luft her eine äußerst leichte Sache, und die blutige Strafe trifft alsbald die ganze verbrecherische Horde, ohne daß es die Engländer viel Geld kostet. Aber in der Luft kann man sich zwar schnell bewegen, doch kann man aus ihr nicht immer mit absoluter Sicherheit beobachten, was sich auf der Erde bewegt. Was nun, wenn man aus Versehen einen falschen Stamm bombardiert, was nun, wenn man die Frauen, Kinder und Greise einer völlig unschuldigen Gruppe tötet? Das wäre denn doch zu entsetzlich. Ein solches entsetzliches Versehen hat sich nunmehr tatsächlich an der Grenze des Irak ereignet. Ibn Saud protestiert. Er wird sich wahrscheinlich auch wieder beruhigen, wenn es das Interesse seiner Politik verlangt. Aber wir meinen, daß auch die öffentliche Weltmeinung protestieren sollte. Denn: sind die Engländer dort unten nicht Vertreter der europäischen Zivilisation?

(Frankfurter Zeitung Nr. 273/1928.)

#### Alkohol schadet dem Rindvieh.

Im Februar hielt der Verein der Spiritus-Fabrikanten in Deutschland seine alljährliche Generalversammlung in Berlin. Herr Prof. Dr. Haydnach, der Leiter des Instituts für Gärungs- und Destillationswesen in Berlin, berichtete über die Arbeiten im Berichtsjahr 1926/27.

Aus diesem Bericht entnehmen wir nach der „Zeitschrift für Spiritusindustrie“ die folgenden Zeilen:

Unter diesen Proben befand sich eine ganze Anzahl Schlempeproben, die auf Alkoholgehalt zu untersuchen waren, und dabei ergab sich das merkwürdige Ergebnis, daß nicht weniger als 30 Prozent dieser Schlempeproben Alkohol enthielten. (Hört, hört!) Darin liegt eine große Gefahr und ein großer Fehler. Ich besinne mich zwar noch auf den Vortrag, den uns vor vielen Jahren einmal der verstorbene Professor Junz über seine Arbeiten gehalten hat, die er zusammen mit Professor Wälg ausführte, und aus denen sich ergab, daß ein gewisser Alkoholgehalt in der Schlempe einen besonders starken Masteffekt hervorruft. (Heiterkeit.) Aber Herr Professor Junz betonte gleichzeitig, daß der Alkohol als Mastmittel doch zu teuer sei, und daß man diesen edlen Stoff nicht den vierbeinigen Ochsen, sondern lieber den zweibeinigen Lebewesen vorziehen sollte. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Meine Herren, ich möchte ausdrücklich sagen: dieser Alkoholgehalt in der Schlempe ist nicht nur eine große Verschwendung, sondern auch eine Gefahr für Ihren Milchviehbestand; denn wir haben schon wiederholt die Erfahrung gemacht, daß das Milchvieh Schaden nahm, wenn es zu viel Alkohol mit der Schlempe in sich aufgenommen hatte. Man achte also auf völlige Entkeimung der Schlempe.“

Wenn schon das liebe Rindvieh Schaden nimmt durch Aufnahme verhältnismäßig kleiner Quanten Alkohol, dann um so mehr der Mensch, wenn er seinen ganzen Organismus mit Alkohol vergiftet.

#### Sommerfrische für Rindvieh.

Im „Liegnitzer Tageblatt“ vom 13. 4. 1928 ist dieses Inserat erschienen:

#### Sommerfrische im Riesengebirge.

Auf unseren in 500 Meter Höhe gelegenen Gebirgsweiden finden noch etwa 20—25 Stück weibliches

#### Jungvieh und Schnittochsen

zu d. Bedingungen d. Landwirtschaftskammer liebevolle Aufnahme.

Rktg. Buchwalz b. Zillertal (Riesengebirge).

Dieses Inserat hat bei unserem Kollegen Gampig in Liegnitz Reiz erweckt, aber auch Frühlingsgefühl ausgelöst, und er konnte sich nur dadurch Erleichterung verschaffen, daß er seine Inspiration in folgendem herrlichen Poem ausströmen ließ:

O wär' ich doch als Ochse geboren,  
So jög' ich ins Gebirge hin.  
Es kraulte mich dann an den Ohren  
Gewiß die schönste Sennerin!

Worans zu ersehen ist, daß die Menschen nie zufrieden sind und immer nach Höherem streben.

#### Dem „Wahren Jacob“

(Nr. 8) entnehmen wir folgende Scherze:

„Woher kommen nur die vielen Ehescheidungen in unserer Zeit, meine Lieben?“ — „Ich glaube, von den vielen Ehen, die geschlossen werden, Herr Konfistorialrat!“

Dem dicken Herrn Pelle hat der Arzt Sport verordnet. Nun, Herr Pelle, trifft er ihn auf der Straße, haben Sie meinen Rat befolgt? „Natürlich“, sagt Pelle, „ich sammle jetzt Briefmarken!“

### Genossenschaftliches.

#### Die falsche Front der Händler.

Die „Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser“ (Nr. 14 vom 1. April) schreibt zu den politischen Maßnahmen der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels:

Wenn wir die Stellung der Hauptgemeinschaft zu den Reichstagswahlen unter die kritische Lupe nehmen, so müssen wir feststellen, daß die parteipolitische Neutralität, die eine Spitzenorganisation, in der Anhänger aller politischen Richtungen Mitglieder sind, wahren mußte, von der Hauptgemeinschaft nicht beachtet wird. Wie der einzelne über den Sozialismus denkt, spielt keine Rolle; die Hauptgemeinschaft aber, die auch Sozialdemokraten unter ihren Mitgliedern hat, darf auf keinen Fall eine rein bürgerparteiliche Einstellung einnehmen, nicht, weil sie die sozialdemokratischen Mitglieder damit aus ihren Reihen fortrennt, das wäre das letzte Motiv, aber vor allem deswegen, weil der Einzelhandel die Unterstützung aller Parteien braucht und am allerwenigsten die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei zuwehren kann, die wahrscheinlich im nächsten Reichstags die stärkste Fraktion sein wird, und damit auch einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik haben wird. Es ist ferner falsch, daß die Hauptgemeinschaft sich zu einer Front gegen die Konsumenten herbeiläßt, denn die Verhältnisse in der Wirtschaft liegen normal so, daß heute nicht mehr das Produktionsproblem, sondern das Absatzproblem im Vordergrund des Interesses steht. Wir sind heute in der Lage, bei den technischen Fortschritten, die auf allen Gebieten erzielt worden sind, sehr wohl die Produktion bis ins Unendliche zu steigern; aber wieviel wir absetzen können, ist eine andere Frage. Zum Absatz aber brauchen wir die Konsumenten, und gegen die, die wir brauchen, können wir keine grundsätzlich gegnerische Haltung einnehmen, selbst wenn in der einen oder der anderen Frage zwischen den Interessen des Konsums und des Handels Gegensätze bestehen.

Ob die Lektion wohl bei den Händlern gebührende Beachtung finden wird? Wir halten das nicht für wahrscheinlich, denn die Mittelständler haben schon immer schwer begriffen.

### Verbandsnachrichten.

#### Buch gestohlen.

Dem Kollegen Julius Dör, Zofistelle Karlsruhe, ist sein Mitgliedsbuch S II Nr. 109 696 gestohlen worden. Dem Vorzeiger ist das Buch abzunehmen und an den Hauptvorstand einzuliefern. Der Vorzeiger ist polizeilich festzustellen.

#### Literarisches.

Vorbereiten, nicht abstreifen. Von Luise Otto. 48 Seiten, 57. bis 96. Tausend, 50 Pfennig. Buchhandlung „Volksstimme“, Magdeburg. Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen. Mit rückwärtsloser Offenheit, ohne Verschleiierung und Verhüllung wird hier über die wichtigsten geschlechtlichen Probleme geredet. Wir wünschen im Interesse einer vernünftigen Geburtenregelung der Schrift von Luise Otto eine noch weitere Verbreitung.

## Die Vorlage über die Einführung der Invalidenunterstützung in unserm Verband.

Von Otto Adler.

Dem 15. ordentlichen Verbandstag in Leipzig im Jahr 1925 lagen Anträge aus den Zahlstellen Bries, Darmstadt, Genthin, Landshut und Stade über Einführung der Invalidenunterstützung vor. Diese Anträge wurden dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Weil später eine Reihe anderer Gewerkschaften dazu übergingen, diesen Unterstützungszweig einzuführen, beantragten die Zahlstellen Osnaabrück und Lübben die Einführung der Invalidenunterstützung. Die Kommission für die Agitation in den Großbetrieben stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß die Einführung einer solchen Unterstützung für unseren Verband von Vorteil sei. Der am 21. und 22. Februar 1927 tagende Verbandstag beauftragte durch Beschluß den Hauptvorstand, zu prüfen, ob dem nächsten Verbandstag eine Vorlage über die Einführung einer Alters- und Invalidenunterstützung im Verband vorgelegt werden könne. Der Hauptvorstand ist diesem Auftrag nachgekommen und hat zunächst eine Erhebung über Alter und Mitgliedschaftsdauer sowie über die Zahl der am 30. Juni 1927 vorhandenen Invaliden vorgenommen. Die Mitgliederzahl war an diesem Tag 407 592; von der Erhebung wurden 401 983 = 98,82 Prozent der gesamten Mitgliedschaft erfasst. Davon waren männliche Mitglieder 313 385 = 77,95 Prozent, weibliche Mitglieder 88 618 = 22,05 Prozent. Über Alter und Mitgliedschaftsdauer gibt nachfolgende Tabelle Aufschluß:

Alter der Mitglieder Jahre:	Mitgliedschaftsdauer:							Zusammen	Prozent
	bis 5	bis 10	bis 15	bis 20	bis 25	bis 30	über 30		
Bis 20	54 950	2 518	—	—	—	—	—	57 468	14,30
Über 20 bis 30	88 899	35 141	1 884	1 28	—	—	—	124 050	30,86
Über 30 bis 40	23 523	16 644	5 124	1 894	2	—	—	46 987	11,70
Über 40 bis 50	17 024	14 928	3 712	3 343	682	8	—	39 667	9,87
Über 50 bis 60	12 889	13 140	3 047	2 773	1 475	226	—	34 562	8,59
Über 60 bis 70	10 981	12 748	2 890	5 475	2 025	619	136	32 614	8,11
Über 70 bis 80	8 130	11 177	2 069	2 856	1 770	692	275	26 969	6,71
Über 80 bis 90	2 258	9 096	1 890	2 109	1 088	508	286	17 036	4,28
Über 90 bis 100	2 494	5 909	923	1 828	761	394	165	11 959	2,97
Über 100 bis 110	823	2 808	434	692	345	183	81	5 263	1,31
Über 110	292	1 272	194	319	184	108	91	2 424	0,60
Zusammen	223 200	125 379	21 667	19 610	8 402	2 781	1 004	401 983	100
Prozent	55,53	31,20	5,38	4,83	2,08	0,69	0,25	100	

Invalide Mitglieder wurden insgesamt 5802 = 1,44 Prozent festgestellt. Davon waren männliche 4921, weibliche Mitglieder 881. Alter und Mitgliedschaftsdauer der invaliden Mitglieder sind aus folgender Tabelle zu ersehen:

Alter der Mitglieder Jahre:	Mitgliedschaftsdauer:							Zusammen	Prozent
	unter 10	bis 15	bis 20	bis 25	bis 30	über 30			
Bis 40	249	57	36	11	—	—	353	0,09	
Über 40 bis 50	201	63	81	37	9	1	392	0,10	
Über 50 bis 60	196	76	84	41	17	9	423	0,11	
Über 60 bis 70	311	99	106	66	27	20	629	0,16	
Über 70 bis 80	576	194	217	116	63	27	1 193	0,21	
Über 80 bis 90	698	214	235	189	84	36	1 456	0,36	
Über 90	618	156	258	158	100	66	1 366	0,34	
Zusammen	2 849	859	1 017	618	300	159	5 802	1,44	
Prozent	0,71	0,21	0,25	0,15	0,08	0,04	1,44		

(Die Prozente beziehen sich auf die Gesamtzahl der Mitglieder.)

Aus der Tabelle über Mitgliedschaftsdauer ergibt sich, daß weit über 75 Prozent der Mitglieder dem Verband noch kein Jahr gehört angehören, davon 55,53 Prozent erst bis zu 5 Jahren. Die Zahl der Mitglieder, die über 20 Jahre dem Verband angehören, ist überraschend gering, hat aber seine Ursachen darin, daß unsere Organisation als Verband der ungelerten Arbeiter eine ungeheure Pionierarbeit für die anderen Gewerkschaften verrichtet hat. Wir haben große Massen der ungelerten Arbeiter organisiert, die dann zu ihren Berufs- und Industrieverbänden übergetreten sind. Die Zahl der zu anderen Verbänden übergetretenen Mitglieder war in jedem Jahre höher als die Zahl der aus anderen Verbänden zu uns kommenden Mitglieder. Daraus erklärt es sich, daß die Zahl der alten Mitglieder verhältnismäßig gering ist.

Nachdem die Statistik über Alter und Mitgliedschaftsdauer durchgearbeitet war, beschäftigte sich der Hauptvorstand mit der Frage, ob der Statutenberatungskommission eine Vorlage über Einführung der Invalidenunterstützung vorgelegt werden soll. Mit Rücksicht auf die in anderen Verbänden eingeführte Unterstützung wurde beschlossen, eine solche Vorlage anzuarbeiten und der Statutenberatungskommission zu unterbreiten. Invalidenunterstützung gewähren: Baugewerksbund, Buchdrucker-, Buchbinder-, Lithographen- und Stein drucker-, Lederarbeiter-, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-, Maschinen- und Feilzerverband. Der Verkehrsbund hat diese Unterstützung fakultativ eingeführt und erhebt dafür Beiträge von 30 bis 120 Pf. die Woche außer dem Verbandsbeitrag. Dafür wird ein Renten- und Sterbegehaltszuschuß gewährt. In neuerer Zeit beschäftigten sich mit der Einführung der Invalidenunterstützung außer uns die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Zimmerer, Schuhmacher und Tabakarbeiter. Wenn in diesen Verbänden die Invalidenunterstützung zur Einführung gelangt, dann werden von den dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften 14 Verbände mit 2 845 665 Mitgliedern nach dem Stand vom 30. September 1927 die Invalidenunterstützung statutarisch festlegen. Aus dem Grunde hat sich die Kommission für Verwirklichungsreform beim DGB auch einstimmig für die Einführung der Invalidenunterstützung in den Verbänden erklärt. Die Beschlüsse dieser Kommission entsprechen ungefähr der Vorlage der Statutenberatungskommission unseres Verbandes, wie sie in Nr. 13 des

„Keramischen Bundes“ und im „Proletarier“ 1928 veröffentlicht sind.

Nach dieser Vorlage sollen Verbandsmitglieder, die arbeitsunfähig und von der Invaliden- oder Angestelltenversicherung für invalid erklärt worden sind, eine dauernde Invalidenunterstützung erhalten, wenn sie die vorgeschriebene Zahl von Beiträgen geleistet haben. Es soll also nur eine Invalidenrente, keine Altersrente, gewährt werden, d. h. Mitglieder, die über 65 Jahre alt, aber noch erwerbsfähig sind, können Rente vom Verband nicht erhalten. Bei der Gewährung der Invalidenunterstützung soll nicht danach gefragt werden, ob die Arbeitsunfähigkeit infolge Invalidität oder Alter eintritt; die Voraussetzung für den Bezug der Invalidenrente ist die Arbeitsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes. Bei solchen Mitgliedern, die nicht mehr der Invalidenversicherung angehören, wird man den Nachweis der Invalidität durch ein ärztliches Zeugnis verlangen müssen. Das gleiche wird der Fall sein, wenn Verbandsmitglieder über 65 Jahre alt sind und aus der staatlichen Invalidenversicherung Altersrente beziehen. Da ein Unterschied zwischen Alters- und Invalidenrente bei der staatlichen Invalidenversicherung nicht mehr besteht, muß die Arbeitsunfähigkeit gegebenenfalls durch einen Arzt nachgeprüft werden, weil nur dann ein Zuschuß zur Invalidenrente gezahlt werden soll, wenn das

## Entscheide

dich, bevor es zu spät ist, wenn du bei der Wahl deine Stimme geben willst. Deine Entscheidung kann nicht schwer sein. Du bist hoffentlich orientiert

## über

die arbeitserschädigende Politik der Parteien unserer ausgeprochenen Klassengegner. Für sie kannst du selbstverständlich nicht stimmen. Du kannst und darfst deine Stimme auch nicht abgeben für Leute, die

## dein

Wohl, d. h. zugleich das Wohl der Arbeiterschaft, mit Füßen treten, alles versprechen und nichts halten, viel Geschrei machen, hinter dem nichts steckt. Nicht Spaltparteien, nicht Kadaverelemente können dein

## Schicksal

günstig gestalten, sondern Männer und Frauen einer Partei, die längst als die berufene Vertreterin der Arbeiterschaft bekannt ist.

Mitglied arbeitsunfähig und invalide ist. Nach der Vorlage der Statutenberatungskommission sollen Anträge auf Unterstützung von der Zahlstellenleitung nebst Mitgliedsbuch und den erforderlichen Unterlagen dem Hauptvorstand zur Entscheidung eingereicht werden. Bei der Prüfung der Anträge wird in obigem Sinne zu handeln sein.

Verbandsmitglieder, die aus anderen Verbänden übergetreten sind, können nur dann von uns Invalidenunterstützung erhalten, wenn die frühere Organisation in ihrem Statut die Invalidenrente vorsah. Zu diesem Zweck dürften wahrscheinlich unter den einzelnen Gewerkschaften Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen sein. Wenn die frühere Organisation keine obligatorische Invalidenunterstützung gewährte, dann müssen die bei uns vorgeschriebenen Beiträge erst geleistet werden. Diese Bestimmung ist eine Selbstverständlichkeit.

Die Höhe der Invalidenrente soll sich nach der Zahl und der Höhe der geleisteten Hauptkassenvollbeiträge richten und monatlich das zehn- bis zwanzigfache dieses Betrages erreichen. Unter 520 Hauptkassenvollbeiträgen wird Invalidenrente nicht gewährt. Nach § 13 unseres Statuts können Mitglieder, die während ihrer Mitgliedschaft invalide geworden sind, Invalidenbeiträge entrichten. Die geleisteten Invalidenbeiträge werden auf alle Unterstützungen, mit Ausnahme der Erwerbslosenunterstützung, angerechnet und zu diesem Zweck in ordentliche Beiträge umgerechnet. Auf Grund dieser Bestimmung erhalten die in unserem Verband vorhandenen Mitglieder auch die Invalidenbeiträge auf die zu gewährende Invalidenunterstützung angerechnet. Man werden diese Invalidenbeiträge in Hauptkassenvollbeiträge umgerechnet. Ist die erforderliche Zahl von Beiträgen geleistet, dann kann Invalidenrente gewährt werden.

Die Bestimmungen über die einzuführende Invalidenunterstützung sollen am 1. Januar 1930 in Kraft treten, d. h. alle Mitglieder, die an diesem Tage die vorgeschriebene Zahl von Hauptkassenvollbeiträgen geleistet haben und invalide im Sinne der Vorlage sind, können von diesem Tage an Invalidenrente beziehen. Eine sogenannte Übergangszeit ist in der Vorlage der Statutenberatungskommission nicht vorgesehen.

Der Verband der Maschinen- und Feilzer hat am 1. Januar 1927 eine Invalidenunterstützung errichtet und erhebt von diesem Tage an einen Beitrag von 30 Pf. außer dem Verbandsbeitrag, für diesen Zweck. Die Invalidenrente wird vom 1. Januar 1930 an gewährt. Mitglieder, deren Invalidität vor dem 1. Januar 1930 eingetreten ist, erhalten 50 Prozent der vorgesehenen Höhe. Der Holzarbeiter-

verband gibt nach seiner Vorlage die Invalidenunterstützung nach einer Leistung von 520 Beitragszuschlägen, die nach dem 1. Juli 1928 entrichtet sind. Dieser Zuschlag für die Invalidenunterstützung soll 5 bis 20 Pf. die Woche betragen. Wird ein Mitglied invalide, bevor es 520 Beitragszuschläge zur Invalidenunterstützung geleistet hat, dann wird eine Invalidenrente nur gewährt, wenn die Leistung von mindestens 700 Verbandsbeiträgen nachgewiesen wird. In diesem Falle wird die Unterstützungshöhe von der Zahl und Höhe der überhaupt geleisteten Hauptkassenvollbeiträge bestimmt. In der Vorlage des Metallarbeiterverbandes ist ein Beitragszuschlag von 30 Pf. die Woche zum Verbandsbeitrag für die Gewährung von Invalidenunterstützung vorgesehen. Zu den Übergangsbestimmungen sagt die Vorlage, daß Mitglieder, die seit dem Jahr 1891 dem Verband angehören, nach Leistung von 104 Vollbeiträgen in die höchste Unterstützungsstufe ihrer Beitragsklasse eintrifften. Die Mitglieder, die in den Jahren 1892—1901 eingetreten sind, müssen Vollbeiträge leisten, ehe sie Invalidenunterstützung beziehen können. Die in den Jahren 1902—1905 Eingetretenen haben erst 208 Vollbeiträge, die in den Jahren 1906—1914 Eingetretenen 260 Vollbeiträge, die in den Jahren 1915—1919 Eingetretenen erst 312 Vollbeiträge zu leisten, ehe ihnen Invalidenunterstützung gewährt wird. Für die nach dem Jahr 1919 eingetretenen Mitglieder gelten die Bestimmungen des Statuts, d. h. die Unterstützung richtet sich nach dem Alter, wann der Eintritt in den Verband erfolgte, und nach den geleisteten Vollbeiträgen.

Wie bereits befohlen, soll bei uns die Invalidenrente vom 1. Januar 1930 an an alle Verbandsmitglieder gezahlt werden, die die vorgeschriebene Zahl von Beiträgen geleistet haben und invalide sind. Bisher geleistete Invalidenbeiträge und Erwerbslosenbeiträge werden entsprechend der Bestimmungen des § 13 unseres Statuts umgerechnet. Bezüglich der Kriegsbeschädigten und Unfallrentner werden noch Bestimmungen zu treffen sein, inwieweit ein Bezug von Invalidenrente möglich ist. Der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband zahlt Invalidenrente nur dann, wenn einschließlich aller Renten und Bezüge nicht mehr als 50 Prozent des Einkommens der gleichen Gruppe am gleichen Ort erzielt werden. Ob eine solche Bestimmung auch bei uns vorzusehen ist, wird der Verbandstag zu prüfen haben.

Der Zentralverband Christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands erhebt vom 1. Juli 1927 an besondere Beiträge für eine Invaliden- und Altershilfe in Höhe von 10 bis 40 Pf. die Woche, zusammen mit dem Verbandsbeitrag durch eine Einheitsmarke. Den jetzigen Verbandsmitgliedern wird auf die Mitgliedschaft der Invaliden- und Altershilfe ein Fünftel der Beiträge, die in ununterbrochener Reihenfolge geleistet sind, in der Beitragsklasse angerechnet, in der sie am 1. April 1927 Mitglied sind. Die Invalidenunterstützung wird vom 1. Juli 1932 an gezahlt. Da der Christliche Fabrikarbeiterverband ungefähr 27 Jahre bestehen dürfte, bedeutet obige Bestimmung, daß die ältesten Mitglieder noch 5 Jahre Beiträge leisten müssen, ehe sie Invalidenunterstützung beziehen können, denn sie erhalten von der Mitgliedschaft, die bis zum 1. April 1927 vorhanden war, nur den fünften Teil angerechnet. Da die christlichen Funktionäre in verschiedenen Gegenden des Deutschen Reiches mit ihrer Invalidenunterstützung eine große Agitation betrieben haben, dürfte es an unseren Funktionären liegen, auf den Unterschied aufmerksam zu machen. Dann ist noch weiter in den Bestimmungen des christlichen Verbandes vorzusehen, daß über-tretende Mitglieder nur dann eine Invalidenrente erhalten, wenn der frühere Verband eine ähnliche Einrichtung hat, die gesondert verwaltet wird. Bei den freien Gewerkschaften ist das nur bei dem Verkehrsbund der Fall. Infolgedessen müssen alle Mitglieder, die von den freien zu den christlichen Gewerkschaften übertraten, erst die dort vorgesehenen Wartzeiten erfüllen.

Nach dem Ergebnis unserer Erhebung vom 30. Juni 1927 haben wir mit ungefähr 3000 Invaliden zu rechnen, die nach der Vorlage Unterstützung beziehen können. Allerdings dürfte sich diese Zahl in der Zeit vom 30. Juni 1927 bis 1. Januar 1930 noch etwas erhöhen. Die von uns vorgeschlagenen Höhe, monatlich das zehn- bis zwanzigfache des Hauptkassenvollbeitrages, bewegen sich wohl inmäßigen Grenzen, aber es muß dabei berücksichtigt werden, daß bei der Neueinführung von Unterstützungen Vorsicht am Platze ist. Nach der Einführung der Invalidenunterstützung werden die Anforderungen ungeheuer steigen. Im Jahr 1925 zahlten der Bauarbeiter-, Buchbinder-, Buchdrucker-, Buchbinder-, Kupfer- und Lithographen- und Eisenarbeiter-Invalidenunterstützung insgesamt 769 671 Mk., dagegen im Jahr 1926 1 363 257 Mk. Die Steigerung ist also sehr groß. Am größten ist die Belastung beim Buchdruckerverband, wo ja jetzt auf 58 zahlende Mitglieder ein Mitglied kommt, das Invalidenunterstützung bezieht. Das ist erklärlich, weil die Zahl der Invaliden von Jahr zu Jahr steigt, da eine Fluktuation im Buchdruckerverband kaum vorhanden ist. Am deutlichsten ist das im Baugewerksbund bemerkbar, wo die Steigerung der Empfänger der Invalidenunterstützung folgendermaßen vor sich ging: 1922: 527; 1923: 749; 1924: 1256; 1925: 1832; 1926: 2845; 1927: 3666. Seit der festen Währung wurden im Baugewerksbund folgende Summen für Invalidenunterstützung ausgegeben: 1924: 62 645 Mk.; 1925: 114 713 Mk.; 1926: 175 200 Mk.; 1927: 252 567 Mk. Diese Steigerung trat ein, ohne daß die Unterstützung erhöht war. Bis zum 31. Dezember 1927 gewährte der Baugewerksbund eine monatliche Invalidenrente von 5 Mk. bei 700 geleisteten Vollbeiträgen, 7,50 Mk. bei 950 geleisteten Vollbeiträgen und 10 Mk. bei 1200 geleisteten Vollbeiträgen. Vom 1. Januar 1928 an ist die Invalidenrente erhöht, und zwar

werden nach 800 Beiträgen 7 Mk., nach 1000 Beiträgen 9 Mk., nach 1250 Beiträgen 12 Mk. und nach 1500 Beiträgen 15 Mk. gezahlt. Nach den Erfahrungen in den Verbänden, die Invalidentunterstützung gewähren, bewegen sich unsere vorgeschlagenen Sätze in durchaus richtigen Bahnen.

Ob allerdings die Invalidentunterstützung und die vorgeschlagenen Sätze zur Durchführung kommen können, hängt von der Finanzreform ab, wie sie in der vorigen Nummer des „Keramischen Bundes“ und im „Proletarier“ besprochen worden ist. Wenn wir berücksichtigen, daß in den anderen Organisationen Beitragszuschläge für die Invalidentunterstützung bis 40 Pf. die Woche erhoben werden, dann erscheint uns der von der Statutenberatungskommission vorgeschlagene Weg am richtigsten zu sein. Wie bisher allgemein bekannt ist, wird die Einführung der Invalidentunterstützung in unserem Verband von den Mitgliedern begrüßt. Die Statutenberatungskommission war einstimmig für Einführung. Nur über die Aufbringung der dafür erforderlichen Mittel gehen die Ansichten auseinander. Aber darüber wird man sich wohl klar sein, daß es nicht möglich ist, ohne eine ausreichende Finanzreform die Invalidentunterstützung im Verband einzuführen. Weil sich fast alle Organisationen, die dem WGBV. angeschlossen sind, mit der Einführung der Invalidentunterstützung beschäftigen, soweit sie diesen Unterstützungszweig nicht bereits eingeführt haben, bleibt auch uns nichts anderes übrig, als zu der Frage Stellung zu nehmen. Die Einführung dieses Unterstützungszweiges dürfte von großem Vorteil für die Gesamtorganisation sein, weil die Fluktuation eingeschränkt wird. Wir bieten auch unseren älteren Mitgliedern eine wertvolle Hilfe, wenn sie neben der staatlichen Invalidentrente noch aus der Organisation einen Zuschuß erhalten können. Aus dem Grunde ist zu empfehlen, daß die Kolleginnen und Kollegen der Einführung der Invalidentunterstützung zustimmen. Die Durchführung ist aber nur möglich, wenn auch die vorgeschlagene Finanzreform durchgeführt wird.

**Verichtigung:** In dem Artikel des Kollegen Adler in der Nr. 16 des „Proletarier“ muß es auf Seite 92 in der Überschrift über der Beitragsstaffelung statt Wochenverdienst Stundenverdienst heißen.

### Die bisherigen Ergebnisse der Frühjahrslohnbewegung des Fabrikarbeiterverbandes.

Noch steht der Fabrikarbeiterverband inmitten der Hochflut von Lohnbewegungen, die von ihm zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für annähernd eine halbe Million Arbeiter und Arbeiterinnen eingeleitet worden sind. Wir können aber jetzt schon erkennen, daß der Kampf des Verbandes um einen größeren Anteil am Arbeitsertrage, der nicht nur einen Ausgleich für die durch die Wirtschaftspolitik des Bürgerblocks gestiegenen Kosten der Lebenshaltung bringen, sondern auch der Arbeiterschaft ermöglichen soll, ein größeres Maß an Lebens- und Kulturgütern zu sichern, von Erfolg begleitet war. Allerdings entspricht der Erfolg nur zum Teil den Erwartungen und Hoffnungen der Mitglieder. Zu wenig ist hier noch das gesteigerte Arbeitstempo in den rationalisierten Industrien berücksichtigt, das fortgesetzt gesteigerte Arbeitsleistungen von der Arbeiterschaft verlangt. Immerhin sind die erreichten Lohnserfolge doch so, daß man sie als recht beachtlich bezeichnen kann.

Es ist eine Binsenwahrheit: Lohnfragen sind Machtfragen. Die Ergebnisse der Lohnbewegungen werden in erster Linie bestimmt durch das organisatorische und wirtschaftliche Machtverhältnis, in welchem sich Arbeit und Kapital gegenüberstehen. Leider ist der gewerkschaftliche Organisationsring der Arbeiterschaft in den Industriegruppen unseres Verbandes noch nicht ganz geschlossen. Ein erheblicher Teil schaut dem Ringen des Fabrikarbeiterverbandes immer noch als zwar interessiert, aber unentwöhnt, z. T. als sich besonders hing dünkender Drückberger zu. Diese Abseitstendenzen haben immer noch nicht von unserem wachsenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gegenspieler, dem Unternehmer, gelernt, dessen Kraft sich immer mehr konzentriert, das seine Machtposition durch bessere Organisation, durch Ausgestaltung der Organisationsformen immer mehr zu befestigen sucht. Wäre dieses Kräfteverhältnis bei den Lohnbewegungen dieses Frühjahres besser gewesen, wäre nicht nur die Mehrzahl, sondern auch die Gesamtzahl der in Betracht kommenden Arbeiterschaft in unserem Verbande organisiert gewesen, so wäre sicher auch der Erfolg für die Arbeiterschaft größer. Die Konjunktur war im allgemeinen nicht ungünstig, wenn auch die verhältnismäßig große Arbeitslosigkeit auf unsere Lohnbewegungen wie ein hindernder Faktor wirkte.

Die hier gegebene Übersicht über die erfolgreichen Lohnbewegungen des Verbandes beschränken sich auf die Hervorhebung des Wichtigsten. Eine ins Einzelne gehende Darstellung kann bei der großen Fülle von Lohnbewegungen noch nicht gegeben werden. Dazu fehlen auch noch zum Teil die hierfür notwendigen Unterlagen.

In der chemischen und Gummiindustrie sind bis zur Zeit, Mitte April, die Lohnbewegungen am weitesten fortgeschritten. Für annähernd 200 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die etwa vier Fünftel der gesamten Industrie ausmachen, sind die Löhne neu geregelt. In den Verhandlungen beteiligten sich die Unternehmer, nachzuweisen, daß die Lage der chemischen Industrie keineswegs so günstig sei, wie es nach den Geschäftsgewinnen einiger großen Firmen erscheint. Die Verhandlungen über den neuen Lohn führten schließlich zu einem Ergebnis, dem auch die Vertreter der Arbeiter glauben zustimmen zu müssen. Sicherlich hätten Zwangsentscheidungen durch die Schlichtungsinstanzen einen größeren Lohnserfolg nicht gebracht. Wir führen hier die wichtigsten Ergebnisse an:

**Tarifliche Stundenlöhne für Betriebsarbeiter (Ungelernte) über 21 Jahre in der ersten Ortsklasse.**

Ort	Bisheriger Neu vereinbarter Stundenlohn		Erhöhung in Pf. in %	
	Pf.	Pf.		
Berlin-Brandenburg	76,5	83,5	7	9,2
Frankfurt (Hessen-Nassau u. Freistaat Hessen)	75	82	7	9,3
Mitteldeutschland (Provinz Sachsen, Thüringen)	78	80	7	9,0
Hannover	70	77	7	10,0
Rhein-Stadt	71,5	78,5	7	9,8
Rhein-Land	67	75	8	12,0
Ludwigshafen-Mannheim	73	80	7	9,6
Essen, Bezirk A	73	80	7	9,6
Essen, Bezirk B	64	71	7	11,0
Essen, Bezirk C	68	75	7	10,3
Dreslau	55	62	7	12,7

Die tariflichen Stundenlöhne der Arbeiterinnen stiegen in Berlin um 5 Pf., desgleichen in Hannover, Rhein-Land, Frankfurt a. M., in Köln-Stadt um 4 1/2 Pf. Ähnlich dürfte das Steigerungsverhältnis in den übrigen Lohnbezirken sein, für die eine Neuregelung erfolgt ist.

Die Erhöhung der tariflichen Handwerkerlöhne in der chemischen Industrie bewegte sich in einem ähnlichen Verhältnis. Sie stiegen z. B. in Berlin von 99,5 auf 108,5 Pf.

**Sie haben die Bülle erhöht**

die Rechtsparteien haben die Zölle erhöht auf Massenkonsumartikel wie Fleisch, Mehl und Zucker. Und weshalb?

weil sie das gefan? Um die besitzenden Klassen, d. h. sich selbst, nicht mit Steuern belasten zu müssen. Deshalb sollen die Minderbemittelten durch diese indirekte Besteuerung noch mehr als bisher schon, geschädigt werden. Die Zölle auf Massenkonsumartikel sind nichts anderes als ein Mittel zur Ausplünderung breiter Konsumentenmassen, also der Lohn- und Gehaltsempfänger. Und diese Ausplünderung wurde jetzt erhöht durch die Heranziehung der Zölbeträge auf die genannten unentbehrlichen Lebensmittel. Wähler, denkt daran!

In Köln-Land um 10 Pf., in Köln-Stadt um 8 Pf., in Frankfurt a. M. ebenfalls um 8 Pf.

In der Rauschhuhnindustrie, für die in einigen Bezirken Sonderabmachungen bestehen, wurden ähnliche Erfolge erzielt. So stieg der Lohn für Betriebsarbeiter (Ungelernte) in Berlin von 80 auf 87,5 Pf., in Köln-Stadt von 73,5 auf 80,5, in Hannover von 71 auf 78 Pf.

Inwieweit in den übrigen Bezirken, für die eine Regelung noch aussteht, Lohnkonflikte vermieden werden können, kann noch nicht gesagt werden. Es ist nach dem Verlauf der bisherigen Lohnbewegungen anzunehmen, daß auch in den übrigen Bezirken eine Einigung der Tarifparteien möglich sein wird, zumal alle bisherigen Lohnvereinbarungen durch Verhandlungen innerhalb der Tarifstellen zustande gekommen sind.

In der Pavlererzeugung-Industrie konnten bis jetzt Bezirkslohnstarife neu abgeschlossen werden in Bayern, Freistaat Sachsen, Hannover-Hamburg-Holstein, Prov. Sachsen-Thüringen, Württemberg, Baden, Rheinpfalz und Brandenburg für etwa zwei Drittel der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die prozentualen Lohnserhöhungen betragen 10 bis 13 Prozent und bewegen sich zwischen 8 bis 8 1/2 Pf. für Arbeiter in der ersten Ortslohnklasse. Auch hier konnte bis jetzt alles durch freie Vereinbarung zum Abschluß gebracht werden.

In den anderen Industriegruppen des Fabrikarbeiterverbandes wurden ebenfalls ganz erhebliche Erfolge erzielt. Wir führen hier nur die wichtigsten an: In der Konservendindustrie des Bezirks Hannover-Braunschweig wurden 7 Pf. für Arbeiter und 5 bzw. 6 Pf. für Arbeiterinnen in der ersten Ortslohnklasse erreicht. Im Frankfurter Bezirk trat an Stelle des tariflosen Zustandes ein Tarifvertrag, der ebenfalls beträchtliche Lohnserhöhungen brachte. Auch in einigen anderen Gruppen der Nahrungsmittelindustrie sind die Lohnsteigerungen recht beachtenswert.

In der feinkeramischen Industrie brachte die Lohnbewegung für zirka 70 000 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne um 10 Prozent und der Akkordverdienste um 5 Prozent. In der Glasindustrie sind die Bewegungen noch im Fluß. Vorliegende Schlichtersprüche sind in jeder Hinsicht unbefriedigend. In der grobkeramischen und Baukeramikindustrie wurden ebenfalls zahlreiche Lohnserhöhungen erreicht, von denen wir die wichtigsten anführen:

Ziegelindustrie: Bayern und Württemberg 6 Pf. für Ungelernte und 7 Pf. für Facharbeiter; Bezirk Pöhlner-Thüringen: 7 bzw. 11 Pf. für Ungelernte und Facharbeiter; Bezirk Dresden: 7 Pf. für Ungelernte (von 84 auf 91 Pf.)

und auch für Facharbeiter; Mecklenburg-Schwerin: 7 Pf. für Ungelernte und Facharbeiter. Kalk- und Zementindustrie: Mitteldeutschland: 7 bzw. 8 Pf. für Ungelernte und Facharbeiter; Oberschlesische Zementindustrie 6 1/2 Pf. für Ungelernte; Zementfabrik Karstadt am Main für Ungelernte 9 Pf., für Facharbeiter 7 Pf.; Kalkindustrie Freistaat Sachsen: 7 Pf. bzw. 8 Pf. für Ungelernte und Facharbeiter. Harzer Gipsindustrie: 7 Pf. für Ungelernte. Chamoisindustrie Thüringen: 7 Pf. bzw. 8 Pf. für Ungelernte und Facharbeiter. Zementwareindustrie Freistaat Sachsen: 8 Pf. für Ungelernte und Facharbeiter. Für den größten Teil der Arbeiterschaft dieser Industrien sind die Lohnbewegungen noch nicht abgeschlossen. Der Verband glaubt aber auch hier angemessene Erfolge zu erreichen.

Der Gesamtbereich der vom Fabrikarbeiterverband bis jetzt durchgeführten Lohnbewegungen umfaßt annähernd 350 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Mit Ausnahme einiger Sprüche in der keramischen Industrie konnten alle Lohnbewegungen ohne Eingreifen des Staates und Schlichters — abgesehen von einigen Fällen — auch ohne Arbeitsunterbrechung, nur durch das Vorhandensein einer kampfbereiten Organisation erledigt werden. Jede Lohnbewegung war erfolgreich.

Die auf den Aufbau und die gewerkschaftliche Weiterentwicklung eingestellte Lohn- und gewerkschaftspolitische Arbeit des Fabrikarbeiterverbandes wurde durch die Parolen der Kommunistischen Partei nicht gefördert. Wo kommunistische Redner dem Verlangen ihrer Parteileitung nachkamen und für die Parolen: „Ablehnung aller Schlichtersprüche“, „Mobilisierung der Massen zum Kampf“ sprachen, fanden sie keinen Anklang bei den Arbeitermassen. In den meisten Fällen waren auch die kommunistischen Gewerkschaftsgruppen kleiner und einsichtiger als die Parolenschmiede in der Parteileitung. Die Wirkungen der kommunistischen Gewerkschaftserfahrungen in den Bezirken der chemischen Großindustrie in den Jahren 1920 bis 1924, die ungeheuren Schäden, welche damals die kommunistische Gewerkschaftspolitik gerade diesem Teile der deutschen Gewerkschaftsbewegung zugefügt hat, werden nicht wieder vergessen. Wie wenig Anklang diese Parolen gefunden haben, zeigt das Beispiel aus Höchst am Main, über das im „Proletarier“ berichtet wurde. Es blieb in Höchst beim Versuch einer kommunistischen Protestversammlung.

Jetzt gilt es, alles daran zu setzen, um den Erfolg der Lohnbewegungen in der Werbearbeit für den Verband auszunutzen. Zwar sind auch hier bereits gute Erfolge erzielt. In den Monaten Februar und März gewann der Fabrikarbeiterverband 20 000 neue Mitglieder. Der Erfolg ist gut. Er muß aber noch mehr gesteigert werden, denn Lohnfragen sind Machtfragen. Unsere Verbandsmitglieder müssen ihren unorganisierten Arbeitskollegen und -kolleginnen recht deutlich sagen, daß sie die Lohnserhöhungen, an denen auch sie Anteil haben, nur der Organisation verdanken, daß es aber ihre Schuld ist, wenn die Lohnserfolge nicht noch größer sind.

### Was bedeutet das Bedauxsystem für die Arbeiterschaft.

Man hat in letzter Zeit öfters von dem Bedauxsystem gehört. Der Begründer bzw. Propagandist für dieses System ist der Franzose Bedaux (sprich Bedo). Es ist vorläufig in der Kontinental Hannover zur Einführung gekommen und soll in nächster Zeit auch in der Excelsior eingeführt werden. („Continental“ und „Excelsior“ sind bedeutende Gummiwarenfabriken.) Was ist nun unter diesem System zu verstehen und welche Auswirkungen hat es für die Arbeiterschaft?

Einen Vorläufer von „Bedaux“ haben wir in den sogenannten Zeitstudienabteilungen der Betriebe schon gehabt. Beim System der Zeitstudie wurde die gesamte Arbeitsleistung einschließlich des Leerlaufs und der Nebenarbeiten, welche zur Herstellung einer Produktion notwendig sind, durch die Stoppuhr festgemessen und dann hiernach der Akkordpreis festgesetzt. Beim Bedauxsystem ist die Verrechnung eine andere.

Es werden folgende Hauptpunkte aufgestellt:

1. Arbeitszeit. 2. Intelligenz. 3. Energie.
- Der Mensch wird — bildlich gesprochen — in mehrere Teile zerlegt. Es wird festgelegt, welche Geschwindigkeit der einzelne Arbeiter bei seiner Arbeit erreicht, d. h. seine Tätigkeit wird förmlich nach Punkten gewertet. Dann heißt es z. B., der Meier hat eine vierziger, der Müller eine fünfziger und Schulze eine sechziger Geschwindigkeit. Nur die wirkliche Arbeitsleistung wird gewertet. Wenn sich jemand Material holen muß, dann wird diese Zeit als Wartezeit gerechnet.

Die Bedauxabteilung sagt nun, wenn jemand über die Normalleistung hinaus leistet, hat er nicht den gleichen Preis für die Mehrleistung als für die Normalleistung zu verlangen, sondern nur 75 Prozent.

Die Bedaux-Abteilung begründet dies folgendermaßen: Wenn in der Beloreifenabteilung 100 Belodecken in acht Stunden geliefert werden, so sind alle drei Bedingungen erfüllt, Arbeitszeit, Intelligenz und Energie. Wenn nun derselbe Arbeiter statt 100 Belodecken in 8 Stunden 120 herstellt, dann wird folgende Hypothese aufgestellt:

Ist bei der Mehrleistung mehr Arbeitszeit erforderlich? Nein! Ist dazu mehr Intelligenz erforderlich? Nein! Ist dazu mehr Energie erforderlich? Nein! Folglich mehr Energie ist erforderlich, um eine Mehrleistung zu vollbringen, und da soll nur eine Vergütung von 75 Prozent eintreten. Weshalb werden diese Voraussetzungen nicht bei Ausschichtern und Aktionären angenommen?

Die Kontinental hatte schon immer das Bestreben, amerikanische Leistung zu erzielen, aber dafür dasselbe Geld zu zahlen, fällt ihr nicht ein. Es wäre auch einmal zu prüfen, ob die amerikanischen Leistungen der Amerikaner ohne weiteres auf Deutschland zu übertragen sind. Vielleicht fallen dort Arbeitsanfrage aus oder andere Einrichtungen sind vorhanden. Ist die Frage schon einmal geprüft, ob der amerikanische Auto-

reihen dieselbe Lebensdauer hat wie der deutsche, natürlich bei gleichen Strafenverhältnissen.

Nun zur Prüfung der Kernfrage des Bedarfsystems:

Ist der Mensch überhaupt in der Lage, wenn der Leerlauf des Betriebes, also die sogenannte Wartezeit des Arbeiters durch Arbeitsleistung ausgefüllt wird, diesem Tempo, ohne körperlichen Schaden zu folgen? Ich möchte an einem Beispiel beweisen, daß dies nicht ohne weiteres möglich ist:

Ich bringe in einem Raum eine ein Meter große Scheibe an, an deren Rand ich große Zahlen schreibe. Dieser Scheibe gegenüber stelle ich in ungefähr 20 Meter Entfernung 20 Menschen. Ich fange nun an, die Scheibe langsam zu drehen. Auf meine Frage, ob alle die Zahlen noch deutlich lesen können, wird mit "Ja" geantwortet. Ich drehe die Scheibe schneller, bis der erste sagt: "Ich kann die einzelnen Zahlen nicht mehr lesen." Ich drehe nun immer noch schneller, und so lange, bis auch der Letzte sagt: "Ich sehe nichts mehr." Nun zur Beweisaufklärung:

1. Technisch ist die Möglichkeit vorhanden, die Scheibe noch schneller zu drehen, aber der menschliche Organismus versagt, er kann der Geschwindigkeit nicht mehr folgen.

2. Der menschliche Organismus ist nicht bei allen gleich, der eine ist leistungsfähiger als der andere.

Welche Gefahren bestehen nun für die Arbeiterschaft bei Einführung dieses Systems?

Die Arbeitskraft des Menschen wird früher verbraucht, sonst weil ja die Arbeitsleistung gewaltig gesteigert wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich eines Tages die Krankenkassen mit diesem System befassen müssen, denn nach meiner Überzeugung werden die Krankenziffern steigen. Die Finanzen der Rassen werden stärker in Anspruch genommen. Die Arbeiterschaft hindert nicht die Steigerung der Produktion, sie will aber bei erhöhtem Kräfteverschleiß nicht über ihr Gehalten werden. Bei dem Bedarfsystem verringert sich bei gewaltiger Produktionssteigerung der Verdienstanteil des Arbeiters an dem Produkt.

Eine andere Gefahr birgt das System noch. 40- bis 45jährige Arbeiter würden in vielen Fällen nicht mehr genügen. Minderwertige Arbeitskräfte kann das Bedarfsystem aber nicht gebrauchen, die Folge davon ist, daß diese Menschen der Allgemeinheit zur Last fallen. Ausreichende Arbeitslosenunterstützungen wollen die Verfechter dieses Systems aber auch nicht bewilligen, und manche Arbeiter würden dann ihre Arbeitskraft zu billigen Preisen anbieten, was allerdings im Interesse des Unternehmers liegt.

In allen Betrieben, wo ein derartiges System eingeführt werden soll, hat die Arbeiterschaft einsehend zu prüfen, ob es für sie von Nutzen ist. Wenn die Verfechter des Bedarfsystems nicht die Garantie bieten können, bei seiner Einführung kein Raubbau zum Nachteil für die Arbeiter getrieben wird, dann muß das System von der Arbeiterschaft abgelehnt werden. Wenn die Bedarfsystemhaber unter diesem System selbst arbeiten sollten, und natürlich die Leistung vollbringen, welche sie von den Arbeitern verlangen, dann würde ein solches System nicht eingeführt.

In der Eile wird das Bedarfsystem noch auf Schweregefahren stoßen. Die Arbeiterschaft läßt sich keinen Schaden zufügen, sie ist gewillt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Schädigungen abzuwehren. Darum geht die Aufforderung an die gesamte Arbeiterschaft, auf der Hut zu sein und sich zu erinnern, daß auch sie ein Recht darauf hat, ein menschliches Dasein zu führen. L. B. S. & C.

### Frauenfragen.

Die Frau in der Sowjetwirtschaft.

Sowjetrußland ist ein Experiment. Ja weniger. Es ist nur ein Experimentieren. Diese Feststellung soll keine Kritik sein. Vielleicht wäre zur Zeit in Rußland gar nichts anderes möglich, als Experimentieren bei dem Verzuge, den Sozialismus zu verwirklichen. Und was bei vielen deutschen Klassen-genossen an dem Problem Sowjetrußland Kritik auslöst, ist nicht Feindschaft gegenüber dem Kommunismus, oder vielleicht Abwehr vom Sozialismus, sondern es ist nur Ablehnung einer kritiklosen und blindgläubigen Übernahme sowjetrußischer Wirtschafts- und Verwaltungsmethoden auf unsere speziell deutschen Verhältnisse. Wir haben in Deutschland nicht nur völlig andere Wirtschafts- und gesellschaftliche Organisationsbedingungen, sondern vor allen Dingen auch einen ganz anderen Menschenstypus. Gewiß, die Weltanschauung des Sozialismus lehrt, daß jede Wirtschaftsform in Verbindung mit der ihr eigenen Gesellschaftsordnung sich auch ihren eigenen Menschen bildet, die sozialistische Ordnung also ihren speziell sozialistischen Menschen, ungeachtet jeglicher evtl. bestehenden politischer Grenzziehung. Aber es ist doch so, daß wir die Umordnung der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft sowie den Aufbau der sozialistischen Ordnung vorerst mit dem kapitalistischen Menschen beginnen müssen. Und mit letzterem also haben wir heute noch zu rechnen. Wie sehr das stimmt, weiß man gerade in Rußland am besten, wo ohne rücksichtslose Diktatur einer kleinen Minderheit keine vier Wochen planmäßige Sowjetwirtschaft weiter getrieben werden könnte.

Vielleicht aber ist nichts so geeignet, das völlig Unmögliche der sowjetrußischen Reformfähigkeit in kritischer Übertragung auf deutsche Verhältnisse darzustellen wie die russische Emanzipierung (Verselbstständigung und Gleichstellung mit dem Mann) der Frau. Es soll hier ganz abgesehen sein von der rein rechtlichen Seite, z. B. in politischer und vielleicht ehrethlicher Beziehung. Eigenartiger an dem russischen Reformwerden ist diesbezüglich mehr die fortschreitende Proletarisierung der Frau. Es ist hier damit gemeint: das wachsende Abgleiten der Frau aus ihrer - nach herrschend deutschen Begriffen - zivilen Lebenssphäre mit ihrer speziellen Frauenrolle in den industriellen Produktionsprozeß. Die russische Frau bezahlt ihre kommunistisch-politische Emanzipierung mit der Übernahme industriellen Arbeitsdienstes. Ob sich damit ein Menschheitsideal allgemein, oder ein (proletarisches) Frauenideal in besonderem erfüllt, soll hier nicht untersucht werden. Wir stellen nur Tatsachen fest. Wir glauben aber, eines annehmen zu dürfen, daß die deutsche Frau schwerlich in solcher Wandlung

ihre Befreiung feiern könnte. Anders die Russen. Sie sind stolz auf die Heranziehung der Frauen zum Produktionsprozeß, der, wie der Zentralrat der Gewerkschaften der U.S.S.R. meldet, Fortschritte macht.

Nach dem Bulletin Nr. 3 des Zentralrates betrug am 1. 1. 1927 die Anzahl der Frauen:

Industriezweig	Von 100 Beschäftigten
Metallarbeitsleistung und Maschinenbau	9,3
Holzverarbeitungsindustrie	15,8
Chemische Industrie	34,4
Lebens- und Genussmittelindustrie	26,7
Baumwollverarbeitende Industrie	60,4
Wolle verarbeitende Industrie	48,9
Seide verarbeitende Industrie	64,7
Papierindustrie	29,8
Glas- und Ton verarbeitende Industrie	63,0
Poligraphische Industrie	21,6
Porzellan- und Fayence-Industrie	39,4
Glasindustrie	28,3

Stolz schreibt der Zentralrat hierzu, daß, wenn man in Betracht zieht, daß die Frauenarbeit in der U.S.S.R. bei gleicher Qualifikation ebenso wie die Männerarbeit entlohnt werde, und die Frauenarbeit aufgehört habe, eine billigere Arbeitskraft zu sein, zugegeben werden müsse, daß die Frauen in der Industrie weiterhin erfolgreich Boden erobert haben.

Dieser eroberte Boden bringt aber vorerst der russischen Frau mehr Gleichverpflichtung (zur Arbeitsleistung) wie Gleichberechtigung (bei der Entlohnung) mit dem Manne. Nach der "Wozrosh Truda" (Organ des Arbeitskommissariats) Nr. 11/1927 betragen nämlich die Löhne der Frauen in der Industrie im Verhältnis zu den Löhnen der Männer (= 100) wie folgt:

Baumwollindustrie	72,9
Tuchindustrie	75,5
Poligraphisches Gewerbe	69,6
Maschinenbau	60,0
Metallurgische Industrie	51,1
Kautschukverarbeitung	69,2
Feldbäckerei	70,5

Daß diese "Eroberung" der Industrie durch die russische Frau auch nicht ohne weiteres eine Eroberung des öffentlichen Lebens durch dieselbe bedeutet, geht aus einer Zuschrift von dem großen Werk zur Herstellung von Gummischuhen "Krajin Bogatyr" in Moskau an den "Trud" (14. 12. 27 Nr. 285) hervor, in welcher die Lage und die Stellung der Arbeiterinnen anschaulich geschildert wird. Es heißt in dieser Zuschrift u. a.: "Die Ermüdung hindert auch die Arbeiterin darin, sich mit politischen Fragen zu befassen. Aber es gibt verschiedene Arten von Ermüdung, und vor allem sind ihre Gründe verschieden. So erklärt z. B. die Arbeiterin K.: "Unsere Arbeiterinnen haben die Verpflichtung, ihre Norm, 17 Paar Gummischuhe am Tage, herzustellen. Diese Norm steigt auf 30 Paar in denjenigen Abteilungen, in denen Arbeitsleistung durchgehends ist. Man strengt sich im allgemeinen sehr an, weil jede den Wunsch hat, außer der Norm noch einige "Extrapare" herzustellen. Daher wird die Arbeit sehr intensiv betrieben, und am Ende des Tages ist man derart erschöpft, daß einem der Sinn nicht nach einem Klubbesuch oder nach irgendeiner öffentlichen Befähigung steht. Anders ist es auch gar nicht möglich, denn jede geschulte Arbeiterin muß danach trachten, möglichst viel herzustellen."

Es kommt auf dem Werk auch vor, daß ein und der andere Chemann, entweder unter dem Einfluß männlicher Eitelkeit, häufiger aber unter dem Einfluß von Brannntwein, seiner Frau verbietet, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu befassen. Unlängst waren diese Verbote noch eine ganz allgemeine Erscheinung, und der Betriebsrat sah sich veranlaßt, einen besonderen Ausschuß einzusetzen, der solche Fälle zu untersuchen hatte. Hier und da half die Vorladung des Chemannes, aber meistens fürchteten sich die Frauen vor ihren Männern."

Man sieht daraus, daß Theorie und Praxis immer zwei verschiedene Dinge sind, und auch die schönsten kommunistischen Theorien noch nicht eine wirklich sozialistische Praxis gewährleisten. Wessen ungeachtet wünschen wir der russischen Arbeiterschaft festen Aufstieg und Fortschritt im Rahmen des Möglichen, dessen Grenzen sie selber finden muß und finden wird. Das gleiche aber muß die deutsche Arbeiterschaft für sich verlangen dürfen. Wir haben als deutsche Arbeiter nicht nur die russische Revolution zu bewundern, sondern vor allen Dingen aus ihrem neuen Werden zu lernen. Und uns darf es nicht gehen um den Sieg des Sozialismus als Triumph einer Partei, sondern als wirkliche Befreiung des ganzen schaffenden Volkes. In diesem wirklich sozialistischen Ziele arbeitet auch die deutsche Gewerkschaftsführung unermüdet mit. Und nur in dieser Freiheit aller Schaffenden, also nicht nur einer Partei, wird auch die wahre Befreiung der Frau gedeihen.

### Aus der Industrie

#### Chemische Industrie

Der Kaliabfah im I. Quartal 1928.

In den ersten 3 Monaten des laufenden Jahres gestaltete sich der Abfah des Deutschen Kalisyndikats folgendermaßen:

Januar	2 019 570 Doppelzentner K <sub>2</sub> O
Februar	2 084 539
März	1 614 657

insgesamt: 5 718 746 Doppelzentner K<sub>2</sub>O

Damit ist der vorjährige Rekordabfah um 337 818 Doppelzentner überschritten. Anscheinend beginnt die Propaganda des Kalitages sich bereits auszuwirken. wh.

#### Die Kalischätze im Toten Meer

haben schon öfter die Köpfe mancher Journalisten und Volkswirtschaftler erregt. Presseentwürfe zufolge soll nach langwierigen Verhandlungen vor einiger Zeit eine kapitalträchtige englische Gesellschaft die Lizenz zur Ausbeutung dieser Schätze erworben haben. Angedachte Investitionspläne, die alles bisher Dagewesene in den

Schatten stellen, sollten angeblich an den Ufern des Toten Meeres und dessen Umgebung errichtet werden. In Palästina sollte der deutsche Kalisyndikat eine starke Konkurrenz erwachen.

Da derartige Probleme, die Ausnutzung des Meerwassers als Quelle hochwertiger chemischer Produkte, so alt wie die Chemie selbst sind, haben wir solche Berichte immer wieder vorsichtig bewertet. Jetzt kommt in einem Artikel in der "Zeitschrift für angewandte Chemie", Jahrgang 1928 Nr. 12, Dr. Corner (Neupork), welcher anscheinend die dortigen Verhältnisse kennt, zu dem Ergebnis, daß die örtlichen und klimatischen Verhältnisse sowie die Beschaffenheit des Meerwassers selbst, gar keinen Anreiz bieten können, dort eine Industrie zur Gewinnung von Kalisalzen oder anderen chemischen Produkten zu errichten. Der Wunsch bestimmter britischer und jüdischer Fiktionäre ist hierbei der Vater des Gedankens.

Nach dem Bericht ist das Tote Meer zur Errichtung einer Industrie nicht geeignet. Es liegt 1300 Fuß unter dem Niveau des Mittelmeeres und ist von dem durch eine tiefe Gesenkschleife getrennt. Zwischen dem Toten und dem Mittelmeer bestehen weder Straßen noch Eisenbahnverbindungen, so daß ein Transport von irgendwelchen Produkten mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden wäre und die Errichtung von Straßen bzw. Eisenbahnlinien enorme Summen verschlingen würde. Das Tote Meer hat kein Hinterland, und benutzbare Häfen müßten erst gebaut werden. Die Temperatur an der Meeresregion beträgt 38 Grad und die Gegend selbst ist malarialverleudet; außerdem ist kein Trinkwasser vorhanden.

Eine Verdampfung des Meerwassers bis zur Trockenheit in kilometerweiten Becken durch Sonnenwärme kann infolge der örtlichen Verhältnisse nicht durchgeführt werden und würde, selbst wenn es durchführbar wäre, ein recht kompliziertes Verfahren erfordern, weil Chloralkalium nicht wie Kochsalz durch einfachen Verdunstungsprozeß gewonnen werden kann. Aber selbst wenn diese Schwierigkeiten nicht vorhanden wären, liegt die Verhältnisse so, daß die durchschnittliche Zursamensetzung des Wassers des Toten Meeres noch bedeutend hinter den Endlagen der deutschen Kalisindustrie zurückbleibt. Das Tote Meer enthält 1,1 und Enblange 1,25 Prozent Chloralkalium. Eine Bromgewinnung kann gar nicht in Erwägung gezogen werden, weil der gesamte Weltbedarf von Brom nur etwa 3000 Tonnen beträgt und vollaus von der deutschen und amerikanischen Industrie gedeckt wird. Ebenso verhält es sich mit der Gewinnung von Chloralkalium (Kochsalz). Auch dieses kann als wertvolles Produkt nicht in Rechnung gestellt werden, weil in Port Sab seit vielen Jahren ausgedehnte britische Meerfalten bestehen, die Ägypten, Palästina und das gesamte Abfahgebiet, das für das Tote Meer in Betracht kommen könnte, bereits mit billigem Kochsalz versorgen.

Damit dürfte die Illusion von der Ausbeutung der Schätze des Toten Meeres wohl zerstört sein. wh.

#### Betriebsrätewahlen in der chemischen Großindustrie.

J. - G. Farbenindustrie, A. - G., Ludwigshafen a. Rh.

Die Wahlen fanden am 31. März und 2. April 1928 statt. Die Stimmen verteilen sich auf die Angestellten- und Arbeiter-Gewerkschaften wie folgt:

öÖL (Hirsch-Duncker'sche Richtung)	802 Stimmen
Gedag (Deutschnationale)	1599
Ufa (freie Angestelltenverbände)	2576
Christliche Arbeitergewerkschaften	1578
Freie Arbeitergewerkschaften	11245

Danach haben

die freien Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften im Betriebsrat zusammen	24 Sitze
die christlichen Arbeitergewerkschaften	2
die Deutschnationalen	3
die Hirsch-Duncker'schen	1 Sitz

Der Arbeiterrat setzt sich aus 27 Mitgliedern der freien Gewerkschaften und aus 3 Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften zusammen.

Die Wahlbeteiligung betrug bei den Angestellten und Beamten 72 Prozent, bei den Arbeitern 73 Prozent.

Zugleich mit der Betriebsratswahl stimmten die Arbeiter auf Grund ihres Tarifvertrages darüber ab, ob am 1. Mai d. J. geklärt werden soll, 11 381 Arbeiter, das sind 86 1/2 Prozent der Wahlberechtigten, stimmten für Arbeitsruhe.

#### Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-A. - G., Troisdorf.

Wahl am 29. März 1928. Für die Liste des Fabrikarbeiterverbandes wurden 1895, für die Liste des christlichen Fabrikarbeiterverbandes 417 Stimmen abgegeben. Der Fabrikarbeiterverband erhält 13 und der christliche Fabrikarbeiterverband 3 Mandate. Gegenüber den letzten Wahlen haben die Christlichen 1 Mandat verloren und die freien Gewerkschaften 3 Mandate gewonnen. In den Jahren vorher behaupteten sich die Christlichen noch mit 6 Mandaten.

#### J. - G. Farbenindustrie, Leverkusen (Wiesdorf).

Es wurden abgegeben für die Liste der freien Gewerkschaften 3714, für die Liste der christlichen Gewerkschaften 1462 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten im Betriebsrat 16, die Christlichen 8 Sitze. Im Arbeiterrat erhalten die freien Gewerkschaften 15, die Christlichen 5 Sitze. Wahlberechtigt waren 7566 Personen. Die Wahlbeteiligung betrug 71,1 Prozent. Die Zahl der Mandate für beide Gruppen hat sich um 1 erhöht, da die Zahl der beschäftigten Handwerker, Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen um 1054 gestiegen ist.

#### A. - G. für Stickstoffdünger, Knapack.

Die Liste des Fabrikarbeiterverbandes erhielt 1164, die des christlichen Fabrikarbeiterverbandes 166 Stimmen. Unser Stimmenzuwachs beträgt 86, während die Liste des christlichen Fabrikarbeiterverbandes genau dieselbe Stimmenzahl wie im vorigen Jahre auf sich verlor. Der Fabrikarbeiterverband erhält 11 Mandate, der christliche Fabrikarbeiterverband 1 Mandat. Die christliche Liste verlor einige Stimmhelfer.

#### J. - G. Farbenindustrie, Werk Dormagen, Kunstseidenfabrik.

Für die Liste des Fabrikarbeiterverbandes wurden 785, für die des christlichen Fabrikarbeiterverbandes 136 Stimmen abgegeben. Der Fabrikarbeiterverband erhält 12, der christliche Fabrikarbeiterverband 2 Mandate. Ein Kompromißangebot der Christen, die 14 zu vergebenden Mandate auf jede Organisation mit 7 Mandaten zu verteilen, haben wir abgelehnt. Die Wahl hat uns recht gegeben, der Fabrikarbeiterverband hat sich das Vertrauen der übergroßen Mehrheit der Belegschaft erworben.

#### Chemische Fabrik Kalk, Köln-Kalk.

Die am 20. und 21. März stattgefundene Wahl hat mit einem Siege des Fabrikarbeiterverbandes geendet. Die Liste des Fabrikarbeiterverbandes gewann 1 Mandat, während der christliche Fabrikarbeiterverband 1 Mandat verloren hat. Trotz aller Verleumdungen gegenüber dem Kollegen Doprenbusch war es uns möglich, die Stimmenzahl gegen 1927 um 80 zu vermindern.

Leunawerk Merseburg.

Die Betriebsrätewahl zeitigte folgendes Ergebnis:

Arbeiter	Angestellte				
	Erhaltene Stimmen/Vertreter	Erhaltene Stimmen/Vertreter			
Freie Gewerkschaften	12 724	27	Abfahnd	1508	10
Christl. Gewerkschaft	695	1	Deutschnat. F.-A.	572	3
GebL	1401	2	öÖL	333	3

#### J. - G. Farbenindustrie und das Ausland.

Die J. - G. Farbenindustrie hatte bisher mit der Chemischen Gesellschaft Angerer Verein ein Vertriebsverhältnis, das sich auf die Farbstoffproduktion und auf die Herstellung aktiver Kühle

bezieht. Neuere Verhandlungen sollen das Vertragsverhältnis auch auf das Stickstoffgebiet übertragen.

Zugleich wird bekannt, daß die J.-O. Farben mit ungarischen Gesellschaften über Stickstoff-Fragen verhandelt.

Diese Verhandlungen zielen offensichtlich auf Gründung eines internationalen Stickstoff-Kartells ab.

Rästelraten in der chemischen Industrie.

Vor kurzer Zeit ging eine Notiz durch die Tagespresse, wonach der Verwaltung der Kohlsäure- und Chemische Fabriken, A.-G., Berlin, ein Angebot auf die in ihrem Besitz befindlichen Aktien der Chemischen Fabrik Schering gemacht worden sind.

Geschäftsergebnisse.

Die Vereinigten Glasstoff-Fabriken Elberfeld verteilten 18 Prozent Dividende. Der Reingewinn beträgt 10 731 Millionen Mark, also annähernd 11 Millionen.

Table with 2 columns: Year (1926, 1927) and Amount (in Millions Mark). Rows include Grundstücks- und Gebäudekonten, Fabrikationsanlagen, Patente, Wertpapiere, Dauernde Beteiligungen, Bankkonto.

Die Abschreibungen betragen 4,707 Millionen Mark. Die Sanftemen, in denen auch Grafifikationen enthalten sind, 1,045 Millionen Mark.

Die Hachthal Draht- und Kabelwerke A.-G., Hannover-Brink, hatte im abgelaufenen Jahre steigende Umsätze zu verzeichnen. Es ist gelungen, die kurzfristigen Schulden unter günstigen Bedingungen in einer langfristigen Hypothek-Anleihe zu konsolidieren.

Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff A.-G. Chemische Fabriken, Berlin. Der Bericht weist für 1927 auf die Gründung der Sprengstoff-Verkaufs-G. m. b. H. hin, die damit verbundene Rationalisierung habe bereits eine zweimalige Senkung der Verkaufspreise ermöglicht.

Papier-Industrie

Die Sulfitspiritus-erzeugung in Deutschland und Schweden.

Der Sulfitspirit wird auf dem Gärungswege aus der Abfall- der Sulfitsulfidfabriken gewonnen. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges war die technische Verwertung der Sulfid- lauge und besonders deren Verarbeitung zu Spirit in Folge des deutschen Agrarschutzes unmöglich.

Von den in Deutschland bestehenden rund 60 Holzgeistfabriken besitzen 17 Sulfitsulfidfabriken Anlagen zur Sulfid- forstungs-gewinnung aus ihren Abfällen.

Dagegen liegen genauere Angaben über die Sulfitspirit- erzeugung Schwedens vor:

Table with 2 columns: Year (1926, 1927) and Amount (in Liter). Rows show production figures for 1926 and 1927.

Aus dieser, wenn auch nur zwei Betriebsjahre-umfassenden Zusammenstellung, geht hervor, daß die schwedische Zellstoff- industrie bemüht ist, ihre Abgabe immer mehr auszunutzen, um dadurch die Sulfitsulfidfabrikation zu steigern.

Unscheinend wendet weder die deutsche Reichsregierung noch die deutsche Zellstoffindustrie dem Problem der Zellstoff- ablaugenderwertung und damit der Sulfitsulfidgewinnung die nötige Aufmerksamkeit zu, sonst wäre es nicht möglich, daß immer noch rund 40 Zellstoffabriken ihre Abflüsse in Ge- wässer laufen lassen und damit wichtige volkswirtschaftliche Werte vernichten.

G. Stähler.



Auszug

aus der Niederschrift über die Sitzung des Tarifamts der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 11. April 1928 zu München.

Anwesend sind:

- 1. Als Arbeitgeberbeisitzer die Herren: Diamant, Fischer, Gang und Blumstein.
2. Als Arbeitnehmerbeisitzer die Herren: Lutz, Räder, Stähler und Centmayer.
Vorsth. turnusgemäß: Herr Räder.
Schriftführer, turnusgemäß: Herr Blumstein.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes und des Zentralverbandes christl. Fabrik- und Transportarbeiter auf Neuregelung der Löhne in der Gruppe Rheinsalz.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren: Oks, Landmesser und Böhm. Für die Gegenseite die Herren: Kern und Kuhn. Der Antrag auf Gewährung einer Nachsichtzulage wird von der Arbeitnehmerseite zurückgezogen.

Schiedspruch:

Der Lohn des Arbeiters der Lohnklasse IV über 21 Jahre wird in Ortsklasse A und B um je 6 Pfennig, in Ortsklasse C um 5 Pfennig erhöht. Alle übrigen Löhne erhöhen sich nach dem bisherigen Prozentsatz.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes und des Zentralverbandes christl. Fabrik- und Transportarbeiter auf Neuregelung der Löhne in der Gruppe Würtemberg.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren: Moritz und Dr. Schwann. Für die Gegenseite die Herren: Kuhn und Wörner. Das Tarifamt kommt zu folgendem

Schiedspruch:

Der Lohn des Arbeiters der Lohnklasse IV über 21 Jahre wird in allen Ortsklassen um je 6 Pfennig erhöht. Alle übrigen Löhne erhöhen sich nach dem bisherigen Prozentsatz.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes, des Zentralverbandes christl. Fabrik- und Transportarbeiter und des Zentralverbandes der Maschinen-, Heizer und Berggenossen Deutschlands auf Neuregelung der Löhne in der Gruppe Baden.

Herr Stähler schreibt als Beisitzer aus, an dessen Stelle tritt Herr Lehler vom Zentralverband der Maschinen- und Heizer. Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren: Hösch und Fehrenbach. Für die Gegenseite die Herren: Wörner, Kern, Kuhn und Benkler. Das Tarifamt kommt zu folgendem

Schiedspruch:

1. Der Lohn des Arbeiters der Lohnklasse III über 21 Jahre wird in der Ortsklasse A um 6 1/2 Pfennig, in B und C um je 6 Pfennig und in D um 5 1/2 Pfennig erhöht. Alle übrigen Löhne erhöhen sich nach dem bisherigen Prozentsatz.

2. Ziffer 6 der Anmerkungen erfährt Änderung dahin, daß es heißen soll: ... bis zu 3 Prozent Ermäßigung.

3. Bezüglich der anderen Forderungen mit Ausnahme der Ziffer 8 - diese wird abgelehnt - wird den Parteien aufgegeben, sich bis 1. September 1928 zu verständigen.

4. Dieser Vertrag tritt mit der Lohnwoche in Kraft, die nach dem 31. März 1928 beginnt und gilt bis zur letzten Lohnwoche, in die der 31. März 1929 fällt. Er ist erstmals mit 14tägiger Frist auf diesen Termin kündbar. Erfolgt keine Kündigung, so verlängert sich der Vertrag automatisch um die Kündigungsfrist.

Auf mündliche Begründung des Schiedspruchs wird verzichtet.

Die Weltzerzeugung von Zeitungsdrukpapier im Jahre 1926.

Die 'Papierzeitung' Nr. 10/1928 bringt zur Frage der Welt- erzeugung von Zeitungsdrukpapier recht interessante Zahlen, die sie der Fachzeitschrift: 'Suomen Paperi ja Puhkavarakehti' entnimmt.

Table showing world production of newspaper paper in 1926, categorized by region: 1. Nordamerika, 2. Europäische Ausfuhrländer, 3. Europäische Einfuhrländer, 4. Asien.

Demnach erzeugt Nordamerika rund 60 Prozent, Europa rund 35 Prozent und Japan rund 5 Prozent an der Weltzeitungsdruk- papierproduktion.

Die Rationalisierung treibt zu neuen Produktionssteigerungen in allen Kulturstaaten. Das beweisen am besten die Produktions- vorgänge in Kanada. In diesem Staate wurden im Jahre 1927 sechs Neuanlagen mit 18 Papiermaschinen errichtet, die eine tägliche Pro- duktion von rund 1800 Tonnen mehr auf den Markt brachten.

Die Erzeugung Neufundlands wurde 1927 um rund 50 Prozent gesteigert. Finnland hat im gleichen Jahre eine Produktions- steigerung von 10 Prozent zu verzeichnen und die für 1928 in Schweden erwartete Produktionssteigerung wird auf 25 000 bis 30 000 Tonnen geschätzt.

Die vom Reicholz-Konzern in Deutschland vor einigen Wochen neu in Gang gebrachte Papiermaschine wird eine Zeitungsdruk- papiersteigerung von 20 000 bis 25 000 Tonnen herbeiführen.

Alle diese Maßnahmen beweisen, daß die Produktionssteigerung an Zeitungsdrukpapier noch lange nicht am Ziele angelangt ist, trotzdem bereits aus fast allen Staaten über Überproduktion und mangelhafte Preise geklagt wird.

Die schwedische Zellstoffzerzeugung im Jahre 1927.

In der schwedischen Zellstoffindustrie wurden im Jahre 1927 folgende Sorten erzeugt:

Table with 2 columns: Amount and Description. Rows: 143 000 Tonnen gebleichter Sulfitsulfid, 944 000 Tonnen ungebleichter Sulfitsulfid, 464 000 Tonnen Sulfatsulfid.

Gegenüber dem Jahre 1926 ist die Zellstoffproduktion im Jahre 1927 um 102 000 Tonnen gestiegen; davon entfallen 32 000 Tonnen auf Sulfid- und 70 000 Tonnen auf Sulfatsulfid.

Die Produktionsmenge für das Jahr 1928 wird veranschlagt auf insgesamt 1 670 000 Tonnen. Davon sollen entfallen: auf Sulfid- sulfid 1 140 000 Tonnen und auf Sulfatsulfid 530 000 Tonnen. Dieses Produktionsprogramm dürfte allerdings durch die Aus- sperrung der schwedischen Zellstoffarbeiter, die nun fast zwei Monate anhält, über den Haufen geworfen werden.

Literarisches.

E. n. J. de Goncourt: Das Dienstmädchen Germinie Lacerteur. - Aus dem Französischen übertragen von Dr. Kurt Reiffen. - Umfang 284 Seiten. - Preis brosch. 3,80 Mark, Leinen 4,80 Mark. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30.

Wie in diesem Roman das Dienstmädchen Germinie Lacerteur (in Frankreich 1865 erschienen), die dumpfe Ererbhaftigkeit eines dienenden Weibes, das sein Bestes, sein Liebesempfinden, an einen Unwürdigen verchenkt und sich für ihn und sein Kind zu Tode arbeitet, immer in der Furcht vor Entdeckung und der 'Schande', in einem Seelengemälde von marternder Exaktheit aufgetrollt wird, ist von erschütternder Gewalt. Mit jeltstamen Empfindungen liest man heute die Entschuldigung, die die Brüder Goncourt ihrem Buche mit auf den Weg gaben: ... Die niederen Klassen haben ein Recht, daß man sie in einem Roman schildert, sie dürfen von den Schriftstellern nicht mehr schweigend übergegangen werden ...

Dr. Siegfried Bernfeld: Die Schulgemeinde und ihre Funktion im Klassenkampf. - Schriftreihe 'Neue Menschen'. Umfang 146 Seiten. - Preis kart. 2,50 Mark, Leinen 3,50 Mark. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30.

Dr. Bernfeld spricht von der Schulgemeinde, wie sie sich in erster Linie in den modernen Schulheimen entwickelt hat. Er erörtert die besondere Stellung, die sich die Schulgemeinde im Er- ziehungsprogramm des Bürgerturns erobern konnte. Sie ist ein Institut mit verstärkter Klassenbildung, der Sicherung der be- stehenden Sozialordnung bereits durch die Erziehung geworden. Mit Nachdruck weist Dr. Bernfeld sozialistische Bevölkerungskreise und die Arbeiterjugend auf diese Aufgabe hin und erhebt die Forderung, daß die sozialistische Jugendbewegung die Probleme um die Schulgemeinde aufgreift und zu einer Lösung bringt, die im Interesse der breiten Masse des Volkes liegt.

'Der Jugendkamerad.' Ein fachtechnisches Lehrbuch für Lehr- linge und Junggelehrten mit 260 Abbildungen, 112 Seiten, Preis 1,50 Mark. Verlag: Zentralverband der Zimmerer, Hamburg 1, Besenbinderhof 57.

'Das sozialistische Jahrhundert' (Heft Nr. 3), Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistisch-ethische Kultur. Heraus- gegeben von Dr. Oskar Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebens- kultur, Hannover-Bothfeld. Preis vierteljährlich 60 Pf. und 15 Pf. Porto.